

Drittes Kapitel

EMIL JULIUS GUMBEL – „BERÜCHTIGTER ROTER SCHÄNDER DEUTSCHER EHRE“

I. Ein Brief Albert Einsteins

Ende November des Jahres 1930 erreichte Gustav Radbruch, welcher seit 1926 an der renommierten Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg Strafrecht und Rechtsphilosophie lehrte, ein Brief aus der Feder Albert Einsteins. Der in der Reichshauptstadt lehrende, bereits weltberühmte Wissenschaftler kannte genau die prekäre Situation des kurz zuvor vom Badischen Kultusministerium zum außerordentlichen Professor ernannten Emil Julius Gumbel und wollte mit seinen Zeilen Solidarität üben mit diesem, insbesondere vom NSDStB verfeimten Hochschuldozenten.³³²

Über Jahre hinweg hatte eine radikalisierte Studentenschaft den „Fall Gumbel“ als Symbol für Vaterlandslosigkeit, Verächtlichkeit der „schwarz-rot-gelben“ Republik, Staatsfeindschaft der Demokratie jeglicher Spielart, als „Systemschande“ und als „Novemberschmach“ gebrandmarkt. Hiergegen wollte Einstein Protest einlegen, wusste er sich mit Gumbel – wie die an Gustav Radbruch gerichteten Zeilen beweisen³³³ – doch seit dessen Engagement in dem im Oktober 1914 begründeten pazifistischen „Bund Neues Vaterland“ eng verbunden.³³⁴

Anlass des Briefes war aber die verzweifelte, letztlich ergebnislose Suche Radbruchs nach einer Stellung für Gumbel außerhalb Heidelbergs und seiner Hochschule, die ihn mit Disziplinarverfahren überzog. Den Hintergrund bildeten seine zahllosen politischen Publikationen, welche Gumbel den Vorwurf eines Landesverrätters und eintrugen. Seit einer von Radbruch als Reichsjustizminister 1922 in Auftrag gegebenen Studie, welche Gumbels im gleichen Jahr erschienene Abhandlung „Vier Jahre politischer Mord“ in allen Einzelheiten bestätigte, galt er als

332 Vgl. GOENNER, Einstein, S. 327 f.

333 UAH III 5b, 332, Bl. 34 (wiedergegeben ebenso im Rahmen der minutiösen, auf vielfältigem Archivmaterial beruhenden Darstellung der Vorgänge um Gumbel von JANSEN, Der „Fall Gumbel“, S. 34).

334 Zu seinen Mitgliedern zählten vorwiegend Persönlichkeiten, die für die deutsch-französische Verständigung eintraten und sich für demokratische Reformen (Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für Männer und Frauen, Verbesserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung, Recht der Arbeiterschaft auf ihre Organisation) engagierten; 1916 verboten für die Dauer des Krieges durch die preußischen Militärbehörden; 1922 benannte sich die Vereinigung in „Deutsche Liga für Menschenrechte“ um; vgl. LERSCH, in: Holl/Wette (Hrsg.), Pazifismus, S. 114 ff.

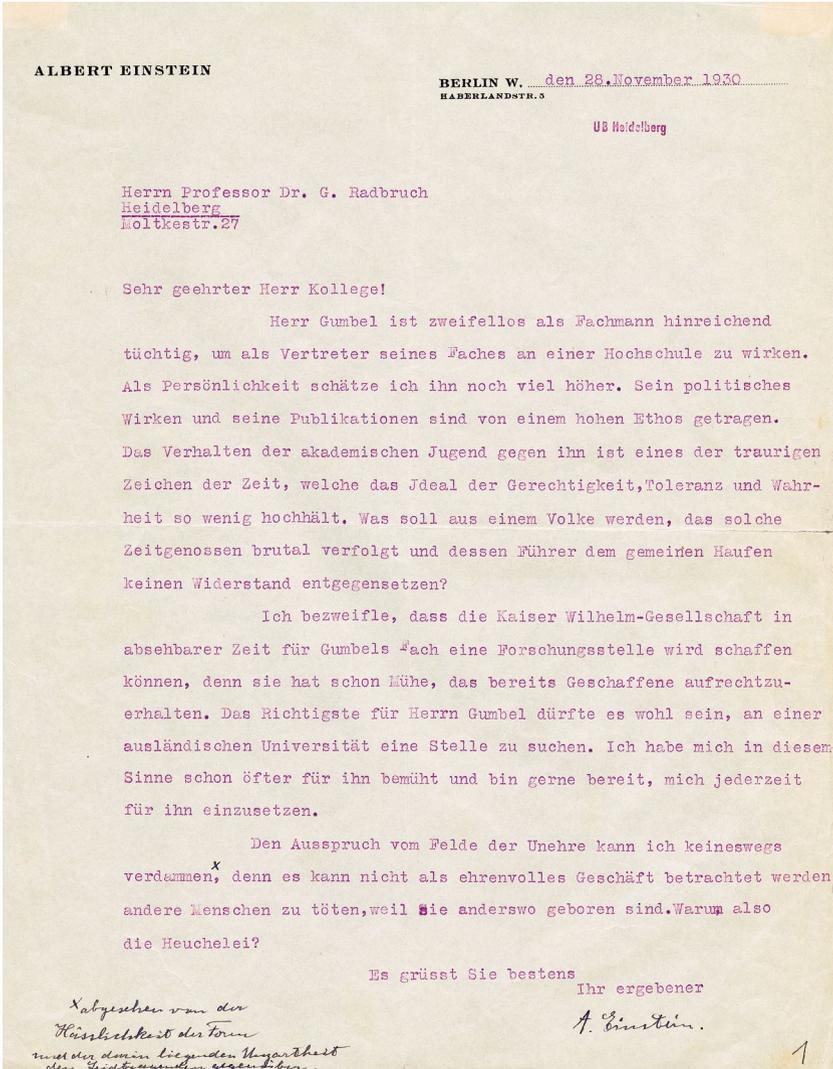


Abb. 15 Brief Albert Einsteins an Gustav Radbruch
Universitätsbibliothek Heidelberg

unbestechlicher Fachmann im Bereich nationalistischer Geheimorganisationen und politisch veranlasster Gewalttaten. Enger wurde der Kontakt dann durch die Berufung Radbruchs nach Heidelberg. Nunmehr vertrat er Gumbel, welcher – nach manchem Zwischenspiel – gleichfalls der SPD angehörte, als gelehrter Rechtsberater in mannigfachen gerichtlichen Verfahren. In einer Art „Fürsorgepflicht“ beabsichtigte Radbruch, Gumbel aus der „Schusslinie“ auf ihn zielender, aggressiver, bis zu Morddrohungen sich steigender Hetzadressen zu nehmen. Und Radbruch sollte sich nicht täuschen: Nur wenige Wochen nach den Zeilen Einsteins erreichten die gegen Gumbel – diesen „un-



Abb. 16 Gustav Radbruch
Universitätsarchiv Heidelberg

anständigen jüdischen Zeitgenossen“³³⁵ – gerichteten Agitationen der Studentenschaft einen neuen, bedrohlichen Höhepunkt, der Gewalttaten befürchten ließ. In einem Pamphlet des NSDStB wurde der Brief Einsteins entstellt publiziert und mit einem höhnischen Kommentar versehen: „Was der Relativitätsjude über uns denkt, ist uns höchst gleichgültig.“³³⁶ Noch gehässiger hieß es in einem gegen Gumbel gerichteten Flugblatt: „Zwischen einem gewöhnlichen jüdischen Schnorrer und einem jüdischen Hochschulprofessor z. B. dem Obergaukler der Physik, Einstein, ist im Prinzip kein Unterschied. Beide leben vom Betrügen, von Unredlichkeit, vom Bluffen.“³³⁷

Auf völliges Unverständnis, nicht allein bei den Studierenden der Ruperto Carola, war die Entscheidung des badischen Kultusministers Willy Hellpach gestoßen, Gumbel Ende 1930 zum außerordentlichen Professor zu ernennen. Dabei lagen die formalen Voraussetzungen für diesen Akt seit geraumer Zeit vor.

335 UAH, III 5b, 332, Bl. 565 ff.

336 Die Bewegung v. 19. April 1931, zit. nach BENZ, in: Walberer (Hrsg.), 10. Mai 1933, S. 184.

337 Unter dem 25. November 1930 (UAH, III 5b, 332, Bl. 57; vgl. LEISEN, Die Ausbreitung des völkischen Gedankens, S. 208).

II. Kurzzeitiger Kriegsfreiwilliger – lebenslanger Pazifist

1923 hatte sich Emil Gumbel, am 18. Juli 1891 in München als Sohn gut situerter jüdischer Eltern geboren, an der Philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg habilitiert.³³⁸ Verweisen konnte er auf ein erfolgreiches Studium der Mathematik und Nationalökonomie an der Ludwig-Maximilians-Universität seiner Heimatstadt, das er mit einem Diplom als Versicherungssachverständiger 1913 abgeschlossen hatte.³³⁹ Unmittelbar vor Kriegsausbruch wurde Gumbel noch am 28. Juli 1914 zum Dr. oec. publ. mit einer von Georg von Mayr betreuten Studie „summa cum laude“ promoviert, an dessen Seminar für Statistik und Versicherungswissenschaft er als Assistent arbeitete.³⁴⁰ Gleich vielen jungen Männern seiner Generation hatte er sich noch im August 1914 freiwillig zum Fronteinsatz gemeldet, dessen grauenvolles Erleben ihn jedoch zum leidenschaftlichen Friedensaktivisten reifen ließ. Überraschend ist, dass es ihm gelang, sich aus gesundheitlichen Gründen vom „Ersten Bayrischen Schneeschuhbataillon“, das im Elsass eingesetzt war, beurlauben zu lassen, um dann in Berlin im Rahmen verschiedener Rüstungsprojekte mitzuarbeiten. Daneben studierte er Physik und Statistik an der Friedrich-Wilhelms-Universität der Reichshauptstadt; nachhaltig beein-

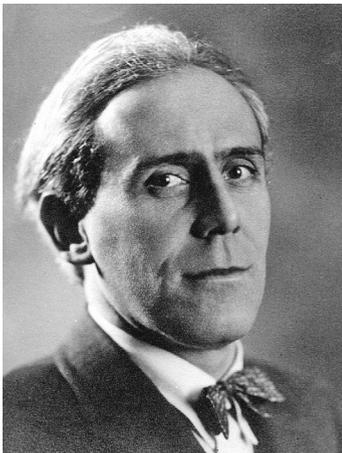


Abb. 17 Emil Gumbel
Universitätsarchiv Heidelberg

druckten ihn die Kollegs Albert Einsteins, Wladyslaw Bortkiewiczs wie auch Georg Friedrich Nicolais. Gleichzeitig engagierte er sich an führender Stelle innerhalb der pazifistischen Internationalen Studentenvereinigung „Corda fratres“, welche die Voraussetzungen für die Bildung eines „akademischen Links-Blocks“ zu schaffen suchte.³⁴¹ Über diesen Kreis hinaus bekannt wurde er als politischer Redner und Schriftsteller verschiedener linksstehender Gruppierungen (USPD, Spartakusbund, Bund neues Vaterland); 1921 unterrichtete Gumbel an der Betriebsräteschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin. Daneben

338 Sein Vater, 1887 aus Heilbronn zugezogen, war Inhaber einer Privatbank (vgl. DRÜLL, 1803-1932, S.309 ff.) – Zu Gumbels Familiengeschichte ausführlich BRENNER, Gumbel, S. 13 ff.

339 Ein Diplom für das Fach Mathematik gab es damals an der Münchener Universität noch nicht.

340 Der Titel seiner Dissertation lautete: „Über die Interpolation des Bevölkerungsstandes.“

341 S. BRENNER, Gumbel, S. 30 ff.

schrrieb er nahezu unermüdlich kleinere politische Artikel im Kampf für die Republik. Eines seiner Hauptthemen war die Bloßstellung des Terrors, mit dem rechtsradikale Verschwörer, Geheimbünde und die anwachsende nationalsozialistische Bewegung die Weimarer Republik destabilisierten. Immenses Aufsehen erregte Gumbel aber erst durch sein 1922 veröffentlichtes, bereits benanntes Buch „Vier Jahre politischer Mord“, in dem er ebenso sorgfältig wie schmucklos dokumentierte, dass von 376 in den Jahren 1919 bis 1922 verübten politisch motivierten Morden 354 dem rechten, aber lediglich 22 dem linken Spektrum zuzuordnen seien.³⁴² Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Kurt Eisner und Hugo Haase zählen zu den prominentesten Opfern jener Mordorgien. Viele dieser Gewalttäter aus dem nationalistischen Lager wurden mit geradezu grotesker Nachsicht von den Strafgerichten abgeurteilt, manche aber – im bezeichnenden Gegensatz zu den linksradikalen Gewalttätern, die man mit äußerster Strenge behandelte – blieben gänzlich unbehelligt.³⁴³ Mit nüchterner Sachlichkeit errechnete er in akribischer Kleinarbeit, dass ein durchschnittlicher Mord von rechts vier Monate Haft und zwei Reichsmark Geldstrafe kostete, während hingegen die Täter von links 15 Jahre Freiheitsstrafe oder gleich die Hinrichtung erwarteten.³⁴⁴ Gumbel scheute nicht davor zurück, die Täter, Ermittlungsbeamte und Richter namentlich zu benennen; damit wurde er zur bevorzugten Zielscheibe rechten Terrors. Anfang der dreißiger Jahre notierte Carl von Ossietzky: „Ihre Chronik der politischen Morde wird Ihnen weder vergessen noch verziehen. Diese undankbare und gefährliche Aufgabe, die finstersten Ecken des neuen Deutschland auszuleuchten, haben Sie mit ebenso viel Scharfsinn wie Gewissenhaftigkeit erfüllt ... So geht es Ihnen: Wo man gegen Sie nicht laut protestiert, mißbilligt man Sie im Stillen – Republikaner, Sozialist, Friedensfreund, dreifach gezeichneter.“³⁴⁵ Vergessen hatte von Ossietzky dabei, die jüdische Herkunft Gumbels als weiteres Martyrium hinzuzufügen.

Schon zuvor war Gumbel in Berlin, wo er sich nach Kriegsende als führender Funktionär der deutschen Friedensbewegung für geraume Zeit aufhielt, nur knapp einem Mordanschlag entgangen:³⁴⁶ Mitte März 1919, im Windschatten der Revolutionswirren, wurde seine Wohnung von einem Rollkommando der

342 Reprint (Heidelberg 1980) mit einem Vorwort von Hans Thill. – 1921 war sein erstes politisches Buch „Zwei Jahre Mord“ erschienen, das er 1922 zu „Vier Jahre politischer Mord“ erweiterte.

343 S. JANSEN, Gumbel, S. 16 f.

344 Vgl. LERSCH, in: Holle/Witte (Hrsg.), Pazifismus, S. 121 ff.

345 In: Weltbühne, 1931, S. 151.

346 Gumbel war – neben Carl von Ossietzky, Georg Friedrich Nicolai und Kurt Tucholsky – Mitbegründer des „Friedensbundes der Kriegsteilnehmer“, der das Fronterlebnis für eine antimilitaristische Bewegung mobilisieren sollte.

berüchtigten Garde-Kavallerie-Schützendivision gestürmt; ihr Auftrag lautete, den Vertrauten Liebknechts standrechtlich zu erschießen. Die Aktion verfehlte jedoch ihr Ziel, denn Gumbel war nicht anwesend, hielt er sich doch als Delegierter der deutschen Friedensbewegung bei der Völkerbundkonferenz in Genf auf.³⁴⁷ Aber auch nach diesem Fehlschlag stand Gumbel weiterhin an herausgehobener Stelle auf der Todesliste rechtsradikaler Todeskommandos.³⁴⁸ In den nachfolgenden Jahren steigerte sich sein Bekanntheitsgrad als militanter Pazifist, der nach einer kurzzeitigen Mitgliedschaft in der USPD 1922 in die SPD wechselte; Jahre später trat er der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands bei, einer linken Abspaltung der SPD, die gegen Ende der Weimarer Republik kurzzeitig aktiv war.

Die angestrebte, durch Krieg und Revolution unterbrochene akademische Karriere verlor Emil Gumbel aber trotz seiner ausgreifenden Aktivitäten während der turbulenten Zeiten eines teilweise gewaltsamen, gesellschaftlichen und politischen Umbruchs nie aus den Augen. In wissenschaftlichen Zeitschriften konnte er noch während des Krieges eine kleine Reihe von Studien publizieren, die jedoch weitgehend unbeachtet blieben. Einen Ruf nach Heidelberg hat Gumbel, wie er merkwürdigerweise an verschiedenen Stellen behauptet, nie erhalten.³⁴⁹ Umso mehr verwundert es, dass er sich als bekannter Aktivist des linkspazifistischen Lagers ohne größeres Aufheben an der Heidelberger Ruperto Carola zu habilitieren vermochte; seine jüdische Herkunft war dabei von keinerlei Bedeutung. Vergeblich sucht man in den Archiven der Heidelberger Hohen Schule nach einer größeren wissenschaftlichen Studie Gumbels, die zu den unabdingbaren Voraussetzungen einer Habilitation zählt. Nicht mehr vorhanden sind gleichfalls die einschlägigen Gutachten aus der Feder der die Habilitation betreuenden Ordinarien. Gemäß der Habilitationsordnung der Philosophischen Fakultät vom 30. Juli 1902 war die „Einreichung einer noch nicht veröffentlichten Abhandlung“ unabdingbare Voraussetzung für die angestrebte Habilitation an der Ruperto Carola.³⁵⁰ Bemerkenswert für die „Causa“ Gumbel ist § 2 der benannten Satzung, wonach bei jedem Bewerber „die Fakultät sorgfältig zu untersuchen“ hat, „ob der sittliche Charakter durch Zeugnisse oder andere, allenfalls den Mitgliedern der

347 Mit Spottversen überzog man späterhin die Bemühungen der Friedensbewegung um internationale Verständigung: „Den allerschönsten, gediegensten Senf / Den fabrizieren drei Männer in Genf / Der Gerlach, der Foerster, der Gumbel ... Wie unglücklich ist jenes Land / In dem sich solch eine Firma fand / Wie Gerlach, Foerster und Gumbel“ (zit. nach BENZ, Pazifismus, S. 41).

348 Nach der Aussage Harry Graf Kesslers; vgl. BENZ, in: Walberer (Hrsg.), 10. Mai 1933, S. 164.

349 Vgl. JANSEN, Gumbel, S. 92: „In der Zwischenzeit arbeite ich weiter als Wissenschaftler, vor allem auf dem Gebiet angewandter Statistik, und im Jahre des Putsches hatte ich einen Ruf an die Universität Heidelberg erhalten.“

350 Publiziert findet sich diese Habilitationsordnung bei Jellinek (Hrsg.), Gesetze, S. 90-93.

Fakultät speziell bekannt gewordene Umstände hinreichend außer Zweifel gesetzt ist.“ Anscheinend nahmen die entscheidenden Mitglieder der Fakultät, die beiden Direktoren des Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften, Emil Lederer und Alfred Weber, keinerlei Anstoß an den zwischen 1920 und 1922 veröffentlichten Broschüren, Büchern und Aufsätzen Emil Gumbels, welche teilweise reichsweit erhebliches Aufsehen erregt hatten. So war noch Anfang 1922 die fünfte Auflage seiner heftig diskutierten Studie „Vier Jahre politischer Mord“ mit großem Erfolg – und unter Einsatz französischer Geldmittel – auf dem Buchmarkt verbreitet worden.³⁵¹ Nachteile für die angestrebte Universitätslaufbahn erwachsen ihm daraus (noch) nicht.

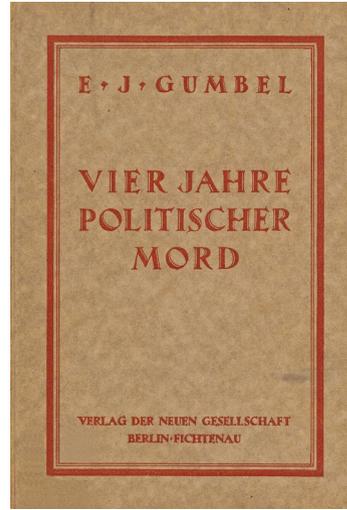


Abb. 18 Studie Gumbels
aus dem Jahr 1922
Universitätsbibliothek Heidelberg

III. Promotion in München, Habilitation in Heidelberg

Nach wissenschaftlichen Arbeiten sucht man aber während dieser Zeitspanne vergeblich. 1916 konnte er seine Münchener Dissertation aus dem Jahr 1914 über „Die Berechnung des Bevölkerungsstandes durch Interpolation“ in Leipzig publizieren; danach sind mehrere kleinere, statistisch-mathematische Abhandlungen erschienen, die aber nur schwerlich als Nachweis für Gumbels „ausserordentliche wissenschaftliche Qualifikation“ dienen können.³⁵² Auszugehen ist davon, dass Gumbel eine herausragende wissenschaftliche Abhandlung vorlegte, aufgrund der er zu den „weiteren Habilitationsleistungen“, Probenvortrag und Kolloquium, zugelassen wurde; sie ist heute nicht mehr auffindbar und scheint nur als Manuskript den Gutachtern zugänglich gewesen sein:³⁵³ „Seine Habilitationsarbeit wurde von fachmännischer Seite als ‚besonnene und gediegene Arbeit‘

351 S. BLOMERT, *Intellektuelle*, S. 286 f.

352 Vgl. JANSEN, *Gumbel*, S. 392 ff.

353 Vogt teilt mit, dass Gumbel eine Studie über die „Theorie der statistischen Verteilungsfunktionen“ vorgelegt habe (aaO., S. 18).

bezeichnet.³⁵⁴ Ebenso lag die erforderliche Zustimmung des Engeren Senats sowie des Badischen Ministeriums für Kultur und Wissenschaft vor, da der „Bewerber“ nach erfolgreichem Bestehen der für eine Habilitation geforderten Leistungen durch die Fakultät „für fähig erklärt“ wurde.³⁵⁵ Denn für den 20. Januar 1923 „mittags 12 Uhr im Hörsaal 13“ erfolgte die „Einladung zur öffentlichen Antrittsvorlesung, welche Dr. oec. publ. E. J. Gumbel zum Zwecke der Habilitierung bei der Philosophischen Fakultät der Ruprecht-Carls-Universität zu Heidelberg ... abhalten wird.“³⁵⁶ Das Thema seines Vortrags lautete „Sinn und Grenzen statistischer Gesetze“.³⁵⁷ Verliehen wurde ihm die *Venia legendi* für Statistik,³⁵⁸ jetzt konnte er als Privatdozent seine Kollegs im Rahmen des Vorlesungsverzeichnisses ankündigen. Erleichtert wurde ihm seine Vorlesungstätigkeit durch ein Privatdozentenstipendium und einen Lehrauftrag für das Fach Statistik.

Erklärlich ist diese, in der damaligen Zeit doch erstaunliche akademische Karriere des linksliberalen Pazifisten und Justizkritikers Emil Gumbel einzig vor dem Hintergrund der oft beschworenen und in der Tat außergewöhnlichen Liberalität der Heidelberger Hohen Schule während der ersten Jahre nach dem verlorenen Weltkrieg. Ganz bewusst hatte sich Gumbel daher für die Ruperto Carola entschieden, welche als die „fortschrittlichste und geistig anspruchsvollste Universität Deutschlands“ galt.³⁵⁹ Einen Kristallisationspunkt unorthodoxer Meinungen und freisinniger Anschauungen bildete das bereits benannte Institut für Sozial- und Staatswissenschaften, geleitet von Emil Lederer, Mitglied der USPD, und Alfred Weber, Mitgründer und anfänglich Vorsitzender der linksliberalen DDP. Nahezu magisch zog es in den Anfängen der Weimarer Republik eine Reihe äußerst kreativer „akademischer Außenseiter“ an, welche sich offen zu Pazifismus und Sozialismus bekannten.³⁶⁰ Nachhaltig gefördert wurde der tief im linksradikalen Lager beheimatete Gumbel insbesondere von Ernst Lederer, ein gemäßiger Austromarxist, der ihm als politisch nahe stehend ebenso den Weg nach

354 Karl Jaspers in seinem Sonderbericht als Beisitzer im Untersuchungsausschuss vom 8. März 1925 (UAH, B-3075/5, Bl. 233); vgl. ebenso WOLGAST, in: Ulmer (Hrsg.), Gumbel, S. 11, Anm. 5 – dies alles übersieht BRENNER, Gumbel, S. 90 ff.

355 § 6 der Habilitationsordnung (Jellinek [Hrsg.], Gesetze, S. 92). – Antrag der Philosophischen Fakultät vom 15. Dezember 1922, dem sich der Engere Senat einen Tag später anschloss; Genehmigung durch das Kultusministerium Karlsruhe unter dem 15. Januar 1923 (UAH, PA 4007, Bl. 5 ff.).

356 §§ 7,8 der Habilitationsordnung; Jellinek (Hrsg.), Gesetze, S. 92.

357 In den Beständen der Universitätsbibliothek kann die Einladung eingesehen werden (UBH, F 2150-2, RES: 1910-34).

358 UAH, PA 4007 Bl. 15.

359 In: Als wär's ein Stück von mir, S. 286.

360 S. BLOMERT, Intellektuelle, S. 285 f.; JANSEN, Gumbel, S. 18.

Heidelberg gewiesen hatte.³⁶¹ Späterhin engagierten sie sich zusammen mit Gustav Radbruch, Karl Mannheim und Hans Prinzhorn im Kreis des „Sozialistischen Intellektuellenbunds“. Vor diesem Hintergrund ist es überraschend, dass nicht Lederer, wohl aber Alfred Weber für die Habilitation Gumbels verantwortlich zeichnete.³⁶² Er war es denn auch, welcher sich noch Jahrzehnte später verbittert zu dem Verhalten seines Habilitanden äußerte: „Gumbel wurde von mir seinerzeit der Fakultät für eine Privatdozentur mit Lehrauftrag für Statistik vorgeschlagen auf Grund des Gutachtens von Prof. von Bortkiewicz ... Als sich herausstellte, daß Gumbel der Verfasser der Broschüre ‚Vier Jahre Mord‘ (über die Feme-Morde) war, ließ ich ihn vor der weiteren Betreuung seiner Habilitation zu mir kommen. Er gab mir dabei die Zusicherung, daß er in der national sehr angespannten Atmosphäre, die damals herrschte, unbeschadet seiner Überzeugungen, die akademische Gemeinschaft achten und sie nicht durch provokatorische Ausfälle sprengen werde. Er hat nach vollzogener Habilitation genau das Gegenteil getan, indem er alsbald in propagandistischen öffentlichen Versammlungen mit extremen Reden auftrat.“³⁶³ Verblüffend ist, mit welcher Naivität Alfred Weber dem fanatischen Moralisten und kompromisslosen Gesinnungsethiker begegnete, den er im persönlichen Umgang nur sehr oberflächlich kannte; Vertrauen konnte so nicht entstehen. Und auf Loyalität durfte Weber bei Gumbels ausgesprochener Unfähigkeit sich anzupassen nicht hoffen. Es war Gumbels hohes wissenschaftliches Ansehen, das er sich bereits in jungen Jahren auf dem Gebiet der Statistik erworben hatte, welches Weber beeindruckte und ihn dazu verleitete, Gumbel als hoffnungsvollen Nachwuchswissenschaftler für das Institut für Sozial- und Staatswissenschaften zu gewinnen. Und in diesem Bereich wurde er von Gumbel nicht enttäuscht: Auf Webers Betreiben hin erhielt Gumbel einen dotierten Lehrauftrag für das neue Fach Statistik, den er mit beträchtlichem Erfolg wahrnahm; seine Kollegs waren gut besucht, so dass gleichfalls die Hörengelder zu einer zwar bescheidenen, jedoch auskömmlichen Lebenshaltung beitrugen.³⁶⁴ Erheblich aufbessern konnte er seine Einkünfte noch durch eine nahezu rastlose publizistische Tätigkeit im Rahmen verschiedener Zeitschriften.

361 Nicht auszuschließen ist, dass Gumbel und Lederer sich bereits gelegentlich ihres Studiums an der Universität München kennenlernten. So promovierte Lederer 1911 bei Lujo Brentano zum Dr. rer. pol. Im Folgejahr habilitierte er sich an der Universität Heidelberg mit einer Studie über „Die Privatangestellten in der modernen Wirtschaftsentwicklung“ (vgl. DRÜLL, Gelehrtenlexikon, S. 471); gleich Gumbel war Lederer Mitglied der USPD.

362 Die Habilitationsakten sind im Heidelberger Universitätsarchiv nicht mehr auffindbar.

363 Zit. nach BLOMERT, Intellektuelle, S. 290.

364 Vgl. hierzu die Angaben bei WOLGAST, in: Ulmer (Hrsg.), Gumbel, S. 25, Anm. 46. – Das bescheidene Salär für den Lehrauftrag belief sich auf 256 Mark und 68 Pfennige inklusive Wohngeldzuschuss.

IV. „Gefallen auf dem Feld der Unehre ...“

Beinahe zum vorzeitigen Verhängnis wurde ihm die Verpachtung eines Siedlungshäuschens, „eher eine Hütte“, in der Neuenheimer Beethovenstraße, hatte er doch – entgegen den vertraglichen Bestimmungen – wahrheitswidrig angegeben, bereits verheiratet zu sein.³⁶⁵ Nahezu ausfällig, ja arrogant wurde Gumbel gegenüber einem Beamten des städtischen Wohnungsamts, von dem er in überheblicher Weise die sofortige Zuweisung von Wohnraum verlangte „mit der Begründung, dass er bei der Universität hier sei und dass er als geistiger Arbeiter eine Wohnung für sich haben müsse. Da Dr. Gumbel weder eine Tauschwohnung hat, noch als hierher versetzter Beamter anzusehen ist, so steht ihm keinerlei Anspruch auf eine Wohnung zu ... Herr Dr. Gumbel trug seine ganze Angelegenheit in etwas eigentümlicher und meinem Gefühl nach anmaßender Form vor.“ Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang noch die weitere Notiz, „dass Dr. Gumbel während der Unterredung auch die Bemerkung machte, dass die Universität Heidelberg schon drei Jahre auf ihn warte.“³⁶⁶ Gegen den negativen Bescheid des Wohnungsamtes legte er erfolglos Beschwerde ein. Vorgeworfen wurde Gumbel 1924 ebenso die unberechtigte Führung des Professorentitels, was sich aber als ein wohl unbeabsichtigtes Versehen aufklären ließ.³⁶⁷ Ohnehin begegnete man diesem, nicht allein die gesamte gelehrte Zunft, sondern auch seine nähere Umgebung irritierenden Sonderling mit unübersehbaren Vorbehalten, die aber nur selten seine jüdische Herkunft betrafen.³⁶⁸ Hochmütig und selbstgefällig, jeglicher Selbstkritik abhold, war er keine Erscheinung, die Sympathien zu gewinnen vermochte. Von Kollegialität und vertrauensvoller Zusammenarbeit hielt Gumbel selbst nur wenig, so dass er innerhalb der Hochschule ebenso wie am Institut für Sozial- und Staatswissenschaften in der bewusst gesuchten Rolle eines Paria, eines Außenseiters im akademischen Milieu, verharrte. Das Klima an der Fakultät war äußerst ungemütlich. Auch vom gesellschaftlichen Umgang blieb er, zum Leidwesen seiner späteren Frau, nahezu dauerhaft ausgeschlossen; selbst zu dem ihm politisch nahestehenden Gustav Radbruch bestanden keinerlei Kontakte privater Natur: „Die Mehrzahl der Dozenten grüßen mich nicht und zeigen mir

365 Die Angabe erfolgte in der Erwartung einer baldigen Eheschließung mit der promovierten Kunsthistorikerin und Malerin Anita Orienter, der er 1922 die Studie „Vier Jahre politischer Mord“ gewidmet hatte (JANSEN, Gumbel, S. 29).

366 „Wenn diese Tatsache richtig ist, so hätte Herr Dr. Gumbel und erst recht die Universität allein Anlaß gehabt, sich schon damals um eine Wohnung für ihn zu bemühen“ (unter dem 5. Februar 1923; UAH, PA 4007, Bl. 19).

367 BLOMERT, Intellektuelle, S. 444, Anm. 26.

368 Als „konfessionslos“ bezeichnete er sich in der Ständesliste (UAH, PA 4007, Bl. 1). Eine Verbundenheit mit der jüdischen Gemeinde bestand nicht.

Mißachtung ... Bei Einladungen werde ich gleichzeitig wieder eingeladen.“³⁶⁹ Seine Jahre in Heidelberg waren geprägt von Momenten verletzter Eitelkeit, Gefühlen der Nichtanerkennung und unverdienter Zurücksetzung: „Es muß viel Charakter dazu gehören, dieses Leben als Schandfleck einer kleinen Universitätsstadt zu ertragen.“³⁷⁰

Gumbel konnte nicht entgangen sein, dass französische und englische Medien Abhandlungen wie die „Verschwörer. Beiträge zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde seit 1918“ – 1924 veröffentlicht – begierig aufgriffen. Gumbel war sich der Brisanz des Buches über die nationalistischen, republikfeindlichen Geheimbünde genau bewusst.³⁷¹ Mit wenigen Zeilen und in unverhohlener Häme kommentierte die weit verbreitete Zeitschrift „Daily Mail“ unter dem 10. Juni 1924 die Publikation jener Studie aus der Feder Gumbels: „There has lately appeared an important work by an eminent German scholar and mathematician, Dr. E. J. Gumbel, in which a number of the same points as were raised by ‚The Daily Mail‘ were dealt with. This work is called ‚Conspirators‘. The evidence brought together by Dr. Gumbel in the section of his book ‚The Black Army‘ shows that the ‚Daily Mail‘ is right and the German Government wrong.“ Die Justiz überzog Gumbel daraufhin mit zwei Verfahren wegen Landesverrats, die aber später wieder eingestellt werden mussten, waren doch sämtliche von Gumbel ausgewerteten Artikel bereits an anderer Stelle veröffentlicht worden und daher für jedermann mühelos zugänglich. Der Vorwurf, ein „Nestbeschmutzer“ zu sein, blieb noch der harmloseste. Sympathien im vorwiegend konservativ-nationalistisch geprägten Kollegenkreis erwarb sich Gumbel, dem man „Gesinnungslumperei und politischen Verrat“ vorwarf, mit Publikationen dieser Art nun einmal nicht. Für den Heidelberger Rektor Erich Kallius, Direktor des Anatomischen Instituts, jedoch Anlass genug, Alfred Weber als Dekan der Philosophischen Fakultät ungehalten zu bitten, „dem Fall gegenüber irgendwie Stellung zu nehmen.“³⁷²

Weitaus größeren Unmut erregte Gumbel, noch bevor die Fakultät reagieren konnte, jedoch mit seiner Aufforderung gegen Ende einer Veranstaltung der Deutschen Friedensgesellschaft anlässlich des zehnten Jahrestags des Kriegsbeginns am 26. Juli 1924 in der Heidelberger Stadthalle, „zwei Minuten im Schweigen der Toten des Weltkriegs zu gedenken, die – ich will nicht sagen – auf dem Felde der Unehre gefallen sind, aber doch auf gräßliche Weise ums Leben

369 UAH, B-3075/4, Bl. 231.

370 OSSIEZKY, in: Weltbühne 27 (1931), 1. Halbband, Nr. 4 (27. Januar 1931), S. 151.

371 Vgl. BERGIEN, Die bellizistische Republik, S. 137 f.

372 UAH, B-3075/4, Bl. 1 (v. 1. Juli 1924).

kamen.³⁷³ Ungesäumt und mit aller Schärfe reagierte der Rektor auf diese erneute, in seinen Augen ungeheuerliche, „alle Volkskreise gleichermaßen beleidigende“ Provokation Gumbels, welche „gegen die Achtung und das Vertrauen eines akademischen Lehrers in gröblichster, wohl nicht zu überbietender Weise“ verstoße: „Ich ersuche die philosophische Fakultät schnellstens hierwegen den Beschluß zu fassen, der notwendig ist, damit das Verfahren gegen Herrn Gumbel auf Entziehung der Lehrberechtigung eröffnet werden kann. Ich halte die Würde der Universität für so unerhört verletzt, dass grösste Eile notwendig ist.“³⁷⁴ Sekundiert fand er sein Vorgehen durch die Heidelberger Studentenschaft, welche im Rahmen einer Resolution die Ansicht vertrat, „daß Herr Dr. Gumbel durch seine Äußerung erklärt hat, daß er keinen Wert darauf legt, länger Dozent an der hiesigen Hochschule zu sein. Die Heidelberger Studentenschaft bringt diese ihre Ansicht zur Kenntnis des Rektorats und erwartet, daß dasselbe alles tut, daß Herr Dr. Gumbel aus dem Lehrkörper der Heidelberger Universität ausgeschlossen wird.“³⁷⁵ Und in der Tat: Ohne Verzug, nur zwei Tage nach dem Vorfall, beantragte die Philosophische Fakultät beim Badischen Kultusministerium die Einleitung eines Untersuchungsverfahrens auf Entziehung der *Venia legendi* nach § 4 Abs. 1 der Disziplinarverordnung vom 13. Januar 1921; gleichzeitig wurde Gumbel vorläufig suspendiert. Nach der benannten Verordnung konnte ihm die Lehrbefugnis entzogen werden, wenn der nichtbeamtete Dozent „(1.) die Pflichten gröblich verletzt, die ihm durch seine Stellung als akademischem Lehrer auferlegt sind, oder (2.) sich durch sein Verhalten in oder ausser seinem Berufe der Achtung und des Vertrauens, die seine Stellung erfordert, unwürdig erweist.“³⁷⁶ Da auch die erforderliche Zustimmung des Senats vorlag, verfügte das Ministerium, dem jedoch das Endurteil vorbehalten blieb, die Einleitung des Untersuchungsverfahrens. Mit Verwunderung kommentierte die überregional erscheinende „Vossische Zeitung“ unter dem 6. August 1924 diese Vorgänge an der altberühmten Ruperto Carola: „Es fällt in Heidelberg allgemein auf, daß die Universität in den Fällen der völkisch orientierten Herren Ruge und Lenard monatelang und jahrelang zur Untersuchung sich Zeit ließ, in diesem Falle aber in wenigen Tagen und sogar in

373 Zit. nach „Heidelberger Nachrichten“ v. 28. Juli 1924 (UAH, B-3075/4); JANSEN, Gumbel, S. 19.

374 Unter dem 29. Juli 1924 (UAH, PA 4007, Bl. 31).

375 Zit. nach den „Heidelberger Neuesten Nachrichten“ v. 30. Juli 1924 (UAH, B-3075/6).

376 Verordnung vom 13. Januar 1921, „die Entziehung der Lehrberechtigung der an den Landesuniversitäten habilitierten nichtetatmäßigen Dozenten betreffend“ (UAH, B-3075/4); vgl. ebenso WOLGAST, in: Ulmer (Hrsg.), Gumbel, S. 26 ff.

einer Sitzung am Totengedenktag den Fall entschied.³⁷⁷ Soweit war es aber dann doch noch nicht, denn der einberufene Untersuchungsausschuss hielt es „zur Gewinnung eines objektiv begründeten und für die Öffentlichkeit überzeugenden Endurteils über die Anwendbarkeit des § 1 der Verordnung für erforderlich, diese Äußerung [sc. Feld der Unehre] in den größeren Rahmen einer Würdigung der gesamten Persönlichkeit unter Heranziehung weiteren Materials einzuordnen.“ Besetzt war der Ausschuss mit Karl Jaspers als Vertreter der Ordinarien und mit Friedrich Baethgen als Vertreter der Nicht-Ordinarien; den Vorsitz führte Graf Alexander zu Dohna, Inhaber des strafrechtlichen Lehrstuhls an der Juristischen Fakultät.³⁷⁸ Während Baethgen zeitweilig der DNVP nahestand,³⁷⁹ zählte Graf zu Dohna zu den Anhängern der DVP und Jaspers war Mitglied der DDP.³⁸⁰ Entgegen aller professoraler Gründlich- und Langatmigkeit verfassten sie ihren vorläufigen Bericht innerhalb eines Tages und legten ihn unter dem 1. August 1924 der Fakultät vor.³⁸¹ Überraschend moderat fiel ihre vorläufige Stellungnahme aus, bescheinigte sie doch Gumbel, „eine gewollte Kränkung der Toten oder Kriegsteilnehmer nicht beabsichtigt“ zu haben, „wohl aber eine Kränkung der Gesinnung, die im Kriegstod eine Ehre, nicht bloß ein Unglück sieht.“ Zwar herrschte innerhalb der Fakultät die Ansicht vor, dass die „inkriminierte Äußerung“ völlig ausreiche, um eine Entziehung der Lehrbefugnis zu befürworten, zumal Gumbel im Verlauf des Verfahrens kein Wort des Bedauerns gefunden habe. Für eine endgültige Beschlussfassung, welche die Anwendbarkeit des § 1 der ministeriellen Verordnung rechtfertigte, erschien jedoch dem Ausschuss die „Würdigung der gesamten Persönlichkeit unter Heranziehung weiteren Materials“ notwendig zu sein.³⁸² Die Fakultät aber setzte sich über dieses Votum mit ihrem Beschluss hinweg, den Entzug der *Venia legendi* zu beantragen; betont wurde, „dass sie die vorstehende Erklärung wohlwogen und unter Abweisung jeder Einmischung von welcher Seite auch immer gefasst hat.“³⁸³ Allein Karl Jaspers, nicht aber Alfred Weber, sprach sich dagegen aus. Nun endlich reagierte Gumbel, dem erst jetzt die Bedrohlichkeit seiner Situation bewusst wurde, mit einem Schreiben an den

377 Als einer der wenigen erhielt Gumbel Unterstützung von Arnold Zweig, der an der Veranstaltung in Heidelberg teilgenommen hatte. Zweig war es auch, welcher in seinem in der „Weltbühne“ 20 (1924) II, S. 318, veröffentlichten Artikel „Gumbel, Heidelberg, Republik“ den eigentlichen Grund der Aggressivität gegen Gumbels Äußerungen hervorhob, nämlich dessen Publikationen, die in den „Blutkeller der deutschen Reaktion“ hineingeleuchtet hätten.

378 Vgl. SCHROEDER, Eine Universität für Juristen, S. 429 ff.

379 S. LEMBERG, Der Historiker ohne Eigenschaften, S. 123 ff.

380 Vgl. JANSEN, Professoren und Politik, S. 190.

381 UAH, B-3075/4, Bl. 27 ff.

382 Ebenda, Bl. 27 f.

383 Ebenda, Bl. 29 f.

Engeren Senat: „Heute, wo ich sehe, wie sehr dieser unglückliche Ausdruck die Andersdenkenden verletzt hat, lege ich großen Wert darauf, ausdrücklich festzustellen, daß ich diesen Ausdruck von dem ersten Moment an, wo er Aufsehen erregt hat, bedauerte und heute noch bedaure.“³⁸⁴ Als zu spät und zu verklausuriert betrachtete die Mehrheit der Senatsmitglieder seine Einlassung. Auch der Engere Senat befürwortete in der Sitzung vom 6. August 1924 gleichfalls die Entziehung der Lehrbefugnis, wobei in dem Beschluss darauf abgehoben wurde, dass Gumbel „seine Kraft weniger der Lehrtätigkeit und wissenschaftlichen Arbeit als der intensiven und ganz einseitigen politisch-agitatorischen Tätigkeit gewidmet [habe]. So soll ein Lehrer der akademischen Jugend nicht sein.“³⁸⁵ Einzig Alfred Weber als Dekan der Philosophischen Fakultät stimmte gegen diesen Beschluss, sah er doch mit der entschuldigenden Erklärung Gumbels die Möglichkeit gegeben, das Verfahren einzustellen. Dieser Meinung schloss sich ebenso der für die Entziehung der Lehrbefugnis letztlich entscheidende Minister für Kultus und Unterricht, Willy Hellpach, an. Gegen die Voten von Fakultät und Senat hob er die Suspension Emil Gumbels auf und zeigte sich nicht bereit, sie auf erneuten Antrag der Fakultät zu Beginn des Wintersemesters 1924/25 wieder auszusprechen.³⁸⁶

Das Disziplinarverfahren hatte damit aber noch keinen Abschluss gefunden; das Kultusministerium überstellte die Akten wieder dem Untersuchungsausschuss, der aufgefordert blieb, Gumbels politische Publikationen und sein persönliches Gesamtverhalten „im Hinblick auch auf die Studenten und die Öffentlichkeit“ weiterhin zu prüfen. Ungehalten reagierte Rektor Karl Hampe über die in seinen Augen unnötige Verzögerung des Verfahrens durch das Karlsruher Ministerium: „Die durch die sachlich bedingte Ausdehnung des fraglichen Disziplinarverfahrens entstandene Beunruhigung würde erheblich geringer sein, wenn das Ministerium die ursprünglich verhängte Suspension des Dr. Gumbel nicht aufgehoben oder sie auf den Antrag der philosophischen Fakultät zum Anfang des Wintersemesters erneuert hätte.“³⁸⁷ Angehäuft hatten sich zwischenzeitlich neue Anschuldigungen, die gegen Gumbel als Vertreter des „volksfremden Journalismus demokratisch-jüdischer Prägung“ erhoben wurden.³⁸⁸ Überzogen wurde er mit

384 Unter dem 4. August 1924 (UAH, B-3075/4, Bl. 30 f.).

385 Erklärung des Engeren Senats unter dem 6. August 1924 (UAH, B-3075/4, Bl. 45 ff.).

386 Unter dem 24. November 1924 (UAH, B-3075/4, Bl. 97 f.).

387 Unter dem 24. Februar 1925 (UAH, PA 4007, Bl. 71).

388 Erhebliches Aufsehen erregte auch sein Auftritt in Tübingen, wo er auf Einladung des Sozialistischen Studentenbundes im Juli 1925 einen Vortrag „Deutschland und Frankreich“ halten sollte, was jedoch national-konservativen Gruppierungen der Studentenschaft missfiel. Obgleich die Veranstaltung in eine Gastwirtschaft des benachbarten Ortes Lustnau verlegt wurde, kam es zu tumultuarischen Auseinandersetzungen, die als die „Schlacht von Lustnau“ in die Annalen der Tübinger Universitätsgeschichte eingegangen sind; vgl. LANGEWIESCHE, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 51 (1929), S. 346; ADAM, Hochschule und Nationalsozialismus, S. 22 f.; JANSEN, Gumbel, S. 24.

dem Vorwurf, auf Veranstaltungen in Frankreich die Interessen der deutschen Gegner zu vertreten. Dies führte zu einer Anfrage der DNVP-Fraktion im Badischen Landtag an die Regierung, was sie zu unternehmen gedenke, „damit künftig derartig unwahre und für das deutsche Volk höchst schädliche Behauptungen seitens eines badischen Hochschullehrers unterbleiben.“³⁸⁹ Und die Hauptsorge der Universitätsleitung bestand darin, „den ungestörten Lehrbetrieb zu sichern.“³⁹⁰ Verunsichert wurde sie durch die unverblümt von den überwiegend völkisch gesinnten Studenten ausgesprochenen Drohung, Universitätsfeiern künftig zu boykottieren, sollte die „Causa Gumbel“ nicht bis zum Sommersemester erledigt sein. Nach nahezu einem Jahr stellte die Universität das Disziplinarverfahren dann auch ein, konnte sie doch eine Entlassung Gumbels gegen den Willen des Kultusministers nicht erzwingen. Eindeutige Worte zu dem Verhalten Gumbels und seinen politischen Aktivitäten finden sich in dem Schlussbericht des Untersuchungsausschusses vom 11. März 1925. Da man sich auf ein einheitliches Votum nicht einigen konnte, wurden zwei Stellungnahmen zu Gumbels Gesamtpersönlichkeit vorgelegt:

Das Mehrheitsvotum Graf zu Dohnas und Friedrich Baethgens charakterisierte Gumbel als eine „ausgesprochene Demagogennatur ... In seiner politischen Tätigkeit [ist] auch nicht der leiseste Einfluß wissenschaftlicher Qualitäten zu spüren. Vielmehr ist hier neben einem erheblichen Tiefstand des geistigen Niveaus in sachlicher und stilistischer Hinsicht ein völliger Mangel an Objektivität der hervorstechendste Zug ... Es fehlt ihm das nötige Verständnis dafür, dass der Charakter seines politischen Auftretens jede ruhige Sachlichkeit und geistige Würde vermissen läßt, so wie er auch während der Dauer des Verfahrens in keiner Weise das Bedürfnis empfand, durch Zurückhaltung der gegen ihn angehäuften Missstimmung Rechnung zu tragen ... Somit ist nicht zu erwarten, dass er wenigstens in Zukunft die Grenzen innehalten wird, die durch die Rücksicht auf seine Stellung als Hochschullehrer und Mitglied der akademischen Korporation gezogen sein sollten. Zweifellos wird ihn sein politischer Fanatismus, dem man persönlichen Mut und gewisse ideologische Unterlagen nicht absprechen wird, zugleich sein stark ausgeprägtes Bedürfnis, eine sichtbar hervortretende Rolle zu spielen, immer wieder in den Vordergrund treiben ... Und es ist zu befürchten, dass er dabei so wenig wie bisher im Stande sein wird, auch nur diejenigen Gefühle zu achten, die den weitaus überwiegenden Teil der Mitglieder der akademischen

389 Zit. nach JANSEN, Gumbel, S. 21.

390 UAH, B-3075/4, Bl. 81.

Korporation beseelen und die unabhängig von Parteizugehörigkeit und sozialer Stellung auch grosse und wesentliche Teile des deutschen Volkes verbinden.“³⁹¹

Erneut zeigte sich, dass in der Frage der Verletzung als national angesehener Überzeugungen im Konfliktfall selbst bei dem als liberal geltenden Lehrkörper der Heidelberger Universität eher gegen den Grundsatz der Meinungsfreiheit votiert wurde. Der für seine Schroffheit und Direktheit bekannte Karl Jaspers notierte in seiner nur geringfügig abgewogeneren Stellungnahme, die aber wenigstens die wissenschaftliche Qualifikation Gumbels und seine hohe Intelligenz nicht bestritt: „Auf den ersten Blick ist Gumbel ein fanatischer Idealist. Er glaubt an seine Sache, den Pazifismus, und an seine Mission darin. Leidenschaftlich und voll Haß steht er allem gegenüber, was ihm Gewalt, Nationalismus, Tendenz zu künftigen Kriegen scheint. Wo dieser Idealismus in Frage kommt, hat er Mut, nicht nur die Civilcourage, zu sagen, was er denkt, sondern den Mut zur Wagnis seines Lebens. Dafür ist er auf der anderen Seite rücksichtslos, gleichgültig, andere zu kränken ... Parteimenschentum und Gelehrtennatur scheinen getrennt voneinander bei ihm zu existieren. Es ist nicht bekannt geworden und niemals ihm vorgeworfen worden, daß er in seinen Vorlesungen politische Tendenzen verfolge.“³⁹² Abschließend stellte die Fakultät in ihrem Beschluss, der mit allen Stimmen gegen die von Jaspers gefasst wurde, zur Einstellung des Verfahrens vom 16. Mai 1925 „in der Angelegenheit des Privatdozenten Dr. Gumbel“ fest: „So unerfreulich ihr Persönlichkeit und Gesinnung Dr. Gumbels sind, sie glaubt eher, ein solches Mitglied ertragen zu können, als Gefahr laufen zu dürfen, eine nicht von jeder Seite aus unangreifbare Ausschließung eines ihrer Mitglieder vorzunehmen.“³⁹³

Und wie in der „Causa“ Arnold Ruge entschied sich die Philosophische Fakultät „mit Mehrheit“ dafür, das Votum im Druck zu veröffentlichen.³⁹⁴ In dieser Form wurde der Beschluss mit Auszügen aus den Gutachten verschiedenen philosophischen und staatswissenschaftlichen Fakultäten, sämtlichen badischen Landtagsabgeordneten und an die Redaktionen von über hundert Zeitungen weitergeleitet. Beabsichtigt war damit nichts weniger als eine Verunglimpfung der

391 Unter dem 10. März 1925 (UAH, B-3075/5, Bl. 217 f.); vgl. ebenso LEMBERG, *Der Historiker ohne Eigenschaften*, S.62 f.; WOLGAST, in: Ulmer (Hrsg.), *Gumbel*, S. 30 f.; JANSEN, *Professoren und Politik*, S. 190 f.

392 So Karl Jaspers unter dem 8. März 1925 (UAH, B-3075/5, Bl. 231); Teilabdruck bei MANN, *Erinnerungen und Gedanken*, S. 398 f. – Bei einem Treffen Jaspers' mit Gumbel Anfang der fünfziger Jahre gestand Jaspers ein: „Ich habe erst 1934 verstanden, was Sie 1924 wollten.“ (zit. nach JANSEN, *Gumbel*, S. 51).

393 UAH, B-3075/5, Bl. 8. – Vgl. hierzu ebenso die „Anmerkungen zum Beschluß der philosophischen Fakultät vom 16. Mai 1925“ aus der Feder Gumbels, wiedergegeben bei JANSEN, *Gumbel*, S. 118 ff.

394 Zu Ruge vgl. o. S. 15, 43 ff. (in diesem Buch).

Persönlichkeit Gumbels, welche in der Geschichte der Heidelberger Ruperto Carola bislang ohne Beispiel war.³⁹⁵ Unmissverständlich heißt es in einem Artikel der „Volkszeitung“ vom 28. Mai 1925: „Wenn man schon ein die Persönlichkeit Gumbels so vernichtend beurteilendes Erkenntnis fällt, so war man sich über die Tragweite und die Bedeutung eines solchen Urteils im Kreise einer philosophischen Fakultät sicher bewußt, mußte sich übrigens auch darüber bewußt sein. Wenn man trotzdem dieses von Kränkungen strotzende Dokument noch zu alledem der Öffentlichkeit unterbreitete, so konnte das nur den Zweck haben, Gumbel vor aller Welt als einen unmöglichen Menschen hinzustellen, ihm jede weitere akademische Tätigkeit zu verunmöglichen.“³⁹⁶

Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, dass Gumbel mit dieser „Rufmordkampagne“ (*Jansen*) ebenso als Wissenschaftler ein für alle Mal „erledigt“ werden sollte. So lehnte die „Deutsche Statistische Gesellschaft“ im Hinblick „auf das Gutachten der Heidelberger Philosophischen Fakultät“ mit knappen Worten sein Aufnahmegesuch ab. Es überrascht nicht weiter, dass Gumbels Protest gegen die Publikation beim Unterrichtsministerium erfolglos verlief. Von Kiel aus kommentierte der frühere Reichsjustizminister Gustav Radbruch das diskriminierende, Gumbels persönliche Ehre tief verletzende Verhalten der Fakultät: „Diese juristische Freisprechung unter gleichzeitiger moralischer Preisgabe ... ist nach meinem Rechtsgefühl eine rechtliche Unmöglichkeit.“³⁹⁷ Nur wenig bedacht hatte man aber im Kreis der Fakultätsmitglieder, dass auch keine Universität im deutschsprachigen Raum bereit war, einen auf solche Weise diskriminierten Wissenschaftler zu berufen.³⁹⁸ Stigmatisiert war er bereits durch seine Publikationen, die mit der 1924 veröffentlichten Studie „Verschwörer“ eine neue Woge der Empörung nicht allein in deutschnationalen Kreisen ausgelöst hatte.³⁹⁹ Gumbel blieb also der Heidelberger Universität zunächst einmal auf unbestimmte Zeit erhalten. Gleichfalls ohne Erfolg blieb ein erneutes, von der Philosophischen Fakultät Ende 1925 angestregtes Disziplinarverfahren mit dem Ziel, sich nun endlich der „Demagogennatur“ Gumbels zu „entledigen“.⁴⁰⁰ Ein an sich völlig harmloser

395 Von einer „beispiellosen Desavouierung“ spricht WOLGAST, in: Ulmer (Hrsg.), Gumbel, S. 32.

396 UAH, PA 4007, Bl. 83.

397 Zit. nach JANSEN, Gumbel, S. 125.

398 So die Universität Frankfurt am Main im Jahr 1928; vgl. WOLGAST, in: Ulmer (Hrsg.), Gumbel, S. 32, Anm. 62. – Nur wenige Jahre später bemerkte Otto Leers, Kultusminister 1926 bis 1929, in der Sitzung des Badischen Landtages vom 19. Dezember 1930, dass „viele Bemühungen gelaufen [sind], Gumbel anderwärts unterzubringen, aber nichts war so töricht und so schädlich für jene Bemühungen, als die Verbreitung [dieser] sehr merkwürdigen Schrift bei den Hochschulen im deutschen Vaterlande. Wenn man jemanden loshaben will, muß man ihn nicht schlecht machen“ (zit. nach JANSEN, Der „Fall Gumbel“, S. 19).

399 Vgl. K. BUSELMEIER, in: Verschwörer, S. XIII f.

400 Vgl. hierzu den Beschluss der Philosophischen Fakultät vom 11. November 1925 (UAH, B-3075/10, Bl. 11 ff.).

Vorfall wurde zu einem schweren Verstoß gegen die Pflichten eines akademischen Lehrers hochstilisiert, der sich nicht für die Wiederherstellung des Kollektivgutes der nationalen Ehre, der Wahrung des überparteilichen nationalen Erbes einsetzte: In einem Privatbrief hatte er die Ansicht geäußert, dass der „Versailler Friede natürlich ungerecht ist, aber nicht mehr als etwa der Friede von 1871 und der Friede, den wir mit Rußland und Rumänien schlossen.“⁴⁰¹ Durch eine Indiskretion gelangte diese Passage in die Öffentlichkeit; zum Verhängnis wurde ihm durch die Vorlage des Originalbriefs aber seine Behauptung, dass das Zitat frei erfunden sei. Gumbel, der sich in dieser Zeitspanne auf Einladung des Marx-Engel-Instituts in Moskau aufhielt, wollte diesen „verzeihlichen Fehler“ mit seinem schlechten Gedächtnis entschuldigen.⁴⁰² Anderer Ansicht war aber auch diesmal die Fakultät: „Daß er nicht Leichtfertigkeiten und Entgleisungen auf das peinlichste vermieden hat, bringt gewissermaßen das Faß zum Überlaufen und rechtfertigt es, daß die Fakultät den neuen Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gestellt hat und auch jetzt aufrecht erhält.“⁴⁰³

Adam Remmele, der die Nachfolge Willy Hellpachs als Kultusminister angetreten hatte, sah jedoch keinen Grund für die Eröffnung eines Disziplinarverfahrens, da zu Gumbels Gunsten angenommen werden müsse, dass er den Brief im Zeitpunkt seines Dementis tatsächlich vergessen habe; eine weitere Beweiserhebung sei unergiebig, wenngleich er die Ansicht vertrat, dass erst mit der Entfernung Gumbels wieder Ruhe innerhalb der Universität eintreten werde.⁴⁰⁴ Seine Bemühungen, für Gumbel eine „passende Beschäftigung“ außerhalb der Universität zu finden, verliefen jedoch erfolglos.⁴⁰⁵ Der „Eiertanz“ innerhalb der Fakultät und Universität fand noch lange kein Ende, drängte doch selbst nach Einschätzung Alfred Webers das „Allgemeinverhalten Gumbels“ nach dessen „Ausscheidung“.⁴⁰⁶ Es kam letztlich zu einem „gentleman’s agreement“: So verpflichtete sich Gumbel dem Ministerium gegenüber zu politischer Zurückhaltung

401 UAH, B-3075/10, Bl. 21; JANSEN, Der „Fall Gumbel“, S. 20. – Wolfgang Abendroth bezeichnete den Vertrag von Brest-Litowsk als „Triumph des brutalsten deutschen Imperialismus“ (in: Universitätstage 1966 – Veröffentlichung der Freien Universität Berlin, Berlin 1966, S. 201).

402 1926 war Gumbel zum korrespondierenden Mitglied dieses Instituts ernannt worden: „Ich glaube nicht, daß irgendwo ein schöner ausgestattetes und reicheres Institut dem wissenschaftlich gebildeten Sozialisten zur Verfügung steht.“; zit. nach Vogt (Hrsg.), Gumbel, S. 19 f. Er arbeitete daran, die mathematischen Manuskripte von Karl Marx für die Herausgabe vorzubereiten. Zu diesem Zweck ließ er sich für zwei Semester beurlauben. Über seinen Aufenthalt in Moskau verfasste er ein Büchlein mit dem Titel „Vom Rußland der Gegenwart“, 1927 erschienen. 1932 war er noch einmal für wenige Wochen in Moskau; vgl. hierzu BENZ, in: Walberer (Hrsg.), 10. Mai 1933, S. 176 ff.

403 UAH, B-3075/5, Bl. 95 f.

404 Unter dem 16. Juni 1926 (UAH, B-3075/10, Bl. 69 f.).

405 So in einer Erklärung im Badischen Landtag vom 19. Dezember 1930, Sp. 383.

406 Zit. nach WOLGAST, in: Ulmer (Hrsg.), Gumbel, S. 33.

und versprach gleichzeitig seinem Habilitationsvater Alfred Weber, sich um eine anderweitige Stelle zu bemühen.⁴⁰⁷ Ein solches Unterfangen war vor dem Hintergrund der von der Universität entfachten Rufmordkampagne bereits von Beginn an zum Scheitern verurteilt; schon im Vorfeld hatte die Universität Frankfurt am Main davon Abstand genommen, ihm einen Ruf zu erteilen.⁴⁰⁸ Und in Heidelberg glaubte die Fakultät, es „nicht verantworten zu können, daß ihre Studierenden gezwungen sind, bei Herrn G. zu hören und sich prüfen zu lassen.“⁴⁰⁹ In den nachfolgenden Jahren hielt sich Gumbel an die dem Ministerium und Alfred Weber gegebene Zusage weitgehender politischer Abstinenz. So verlängerte Semester für Semester das Karlsruher Unterrichtsministerium gegen den Protest der Fakultät seinen Lehrauftrag über die unterschiedlichsten Gebiete der Statistik. Erfolglos verlaufen waren das Vorhaben der Fakultät, Gumbel durch einen neuen Dozenten zu ersetzen, ebenso wie die vom Ministerium angestrebte Abschiebung Gumbels an das Statistische Reichsamt in Berlin.⁴¹⁰ Fatal wirkte sich die von der Philosophischen Fakultät betriebene Stigmatisierung des ungeliebten Dozenten aus: „An verschiedenen Stellen bestehen so viele Ängste und Bedenken.“⁴¹¹ Und in die Reichshauptstadt wäre Gumbel sicherlich gerne übergesiedelt, hätte man ihm eine attraktive Stelle anbieten können. Denn nach der Rückkehr aus der Sowjetunion verbrachte er die Semesterferien in Berlin, seinem zweiten Wohnsitz, wo er sich politisch keineswegs abtinent verhielt: Anscheinend unbeeindruckt von den gegen ihn entfachten Kampagnen trat Gumbel weiterhin als gesuchter Redner bei einzelnen Kundgebungen der „Deutschen Liga für Menschenrechte“ auf, deren Vorstand er zeitweilig angehörte und die zu seiner eigentlichen politischen Heimat wurde; gleichfalls findet sich sein Name in der Unterzeichnerliste zahlloser politischer Aufrufe. Enge Kontakte unterhielt er überdies zu verschiedenen pazifistisch-sozialistischen Schriftstellern, Künstlern und Schauspielern. Freundschaftlich verbunden wusste er sich in jenen Jahren neben Albrecht Götzke insbesondere Robert Kempner, Jurist der „Liga für Menschenrechte“ und späterhin stellvertretender amerikanischer Chefankläger in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen.⁴¹²

407 S. GLA Karlsruhe, 235/1891.

408 Briefwechsel R. Wachsmuth – F. Panzer (UBH, NL Panzer).

409 Friedrich Panzer an R. Wachsmuth; zit. nach WOLGAST, in: Ulmer (Hrsg.), Gumbel, S. 33, Anm. 68; UBH, Heid. Hs 3824 C 2.

410 Ebenso dachte man innerhalb der Fakultät daran, Statistik als Prüfungsfach gänzlich abzuschaffen (vgl. K. BUSELMEIER, in: Verschwörer, S. XIX).

411 Schreiben des Leiters des Reichsamtes an das Karlsruher Unterrichtsministerium (zit. nach JANSEN, Gumbel, S. 27).

412 Vgl. JANSEN, Gumbel, S. 26 f.

V. „Ein Mann, der sein Volk schmählt und verrät, zum Universitätsprofessor ernannt!“

Während der Semester verweilte Gumbel in Heidelberg, wo er an der Ruperto Carola gut besuchte Vorlesungen und Seminare über Bevölkerungs- und Wirtschaftskonjunktur wie über mathematische Statistik abhielt. Gerne folgte er der Einladung von Studenten der Rechtswissenschaften zu Vorträgen über Kriminalstatistik und referierte ebenso im Rahmen von Veranstaltungen der ihm nahestehenden „Sozialistischen Studentenschaft“; einschüchtern ließ sich Gumbel nicht. Von Störungen und Krawallen, die sich gegen seine Person richteten, wird in jenen „ruhigen“ Semestern der Jahre 1927 bis 1930 nichts berichtet. Dies sollte sich aber mit seiner Ernennung zum außerordentlichen Professor grundlegend ändern.

Entgegen den üblichen Usancen ging nicht von der Fakultät, wohl aber von dem badischen Kultusminister Otto Leers, die Initiative zur Verleihung des Professorentitels an Gumbel aus, lagen doch die formalen Voraussetzungen – sechs Jahre seit der Habilitation und damit länger als die übliche Durststrecke von fünf Jahren Privatdozentur – vor; überdies war einer Reihe von Privatdozenten, die sich später als Gumbel habilitiert hatten, bereits der Titel eines außerordentlichen Professors verliehen worden. Die Zeit schien nun für Gumbel gekommen, und so bat 1929 das Karlsruher Ministerium den Senat der Universität neben einer Übersendung eines Verzeichnisses der Lehrveranstaltungen auch um eine Äußerung zu seiner wissenschaftlichen Qualifikation und eine Stellungnahme zu dem Vorhaben einer „Verleihung der Amtsbezeichnung ‚ao. Professor‘ an Dr. Gumbel.“⁴¹³ Vernichtend lautete die Antwort der Fakultät, welche Gumbel schlichtweg die „persönliche Eignung zur Bekleidung des Professorenamts“ absprach: „Darüberhinaus müßte sie es grundsätzlich lebhaft bedauern, wenn eine Verleihung des Professorentitels seitens des Ministers ohne Anregung der Fakultät erfolgen würde. Sie müßte darin eine Verletzung eines bis dahin unangefochtenen Gewohnheitsrechtes erblicken.“⁴¹⁴ Einzig Alfred Weber und Emil Lederer hoben hervor, dass „die wissenschaftlichen Leistungen von Kollegen Gumbel ... ganz außer Zweifel“ stehen. Karl Jaspers und Lederer reichten nach Karlsruhe ihr von der Mehrheit der Fakultätsmitglieder abweichendes Sondervotum ein, wonach sie es „sachlich für richtig“ hielten, „dass dem Herrn Privatdozenten Dr. Gumbel der Titel eines außerordentlichen Professors verliehen wird ... Wir begründen dieses Sondervotum damit, dass Privatdozent Dr. Gumbel am Ende des 13. Semesters

413 UAH, III 5b, 333, Bl. 4.

414 UAH, B-3099, Bl. 140 ff.

seiner Lehrtätigkeit steht, welche sich in erfolgreicher Weise über das ganze Gebiet der Statistik ... ausbreitete, und dass er auf ganz außerordentlich zahlreiche Publikationen in Buchform wie in wissenschaftlichen Zeitschriften ersten Ranges des In- und Auslandes hinweisen kann.“ Weber stimmte seinen beiden Kollegen zwar grundsätzlich zu, hielt jedoch den „Zeitpunkt für verfrüht.“⁴¹⁵ Vor dem Hintergrund seiner bisherigen, teilweise menschlich enttäuschenden Erfahrungen mit Gumbel erscheint Webers zögerliche Haltung verständlich. Gewiss nicht unbeeinflusst blieben die Mitglieder des Senats bei ihrer Entscheidung von dem 1929 im Berliner Malik-Verlag erschienenen Buch „Verräter verfallen der Feme. Opfer – Mörder – Richter 1919-1929“, in welchem er seine früheren Dokumentationen zum rechten Terror fortführte.⁴¹⁶ Für sie war Gumbel der „Erzverräter am deutschen Volk“. Ihre Ergänzung fand die Studie in der 1931 publizierte Flugschrift „Laßt Köpfe rollen – Faschistische Morde 1924-1931“, in der er die Mordtaten der Nationalsozialisten dokumentierte: „Diese Zahlen verlaufen ungefähr parallel dem Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung, von 1924 bis 1929 sehr langsam, dann sprunghaft rasch. In diesen Bluttaten offenbart der Faschismus sein wahres Gesicht. Er zeigt dem deutschen Volk die Methoden, deren er sich bedienen wird, wenn er zur Macht kommen sollte.“⁴¹⁷ Aufgrund seiner akribischen Ermittlungen zum rechtsradikalen Terror und dessen enger Verflechtung mit staatlichen Behörden avancierte Gumbel bald zu einem der hasenswertesten Publizisten gegen Ende der Weimarer Republik.

Vorläufig ruhte aber das Verfahren, zu schwer wog das negative Votum der Philosophischen Fakultät. Einen neuen Anlauf unternahm das badische Unterrichtsministerium, als im Januar 1930 die Fakultät die Verleihung des Titels eines außerordentlichen Professors an den Privatdozenten Hermann Glockner begehrte. In Karlsruhe nahm man dies zum Anlass, erneut darauf hinzuweisen, dass Gumbel doch nicht dauerhaft übergangen werden könne. Demonstrativ stellte das Ministerium den Kandidaten Glockner zunächst zurück. Ein allseits akzeptierter Ausweg schien gefunden zu sein, als nach einem Gespräch des Dekans Friedrich Gundolf und zweier Fakultätskollegen mit dem zuständigen Ministerialreferenten der Eindruck vorherrschte, dass die Fakultät keinen Einspruch gegen die Ernennung Gumbels zum außerordentlichen Professor erheben würde, sollte er auch ohne ihren Antrag erfolgen.⁴¹⁸ Zusammen mit einigen weiteren Privatdozenten

415 Unter dem 26. Februar 1929 (UAH, PA 4007, Bl. 145).

416 Vgl. hierzu K. BUSELMEIER, in: *Verschwörer*, S. XIV f.

417 AaO., S. 23.

418 Zu dieser späterhin für Gundolf noch folgenreichen Besprechung vgl. HELLPACH, *Wirken in Wirren*, S. 172: „... weltfremde Dekanatsführung der philosophischen Fakultät durch Friedrich Gundolf.“ (GLA Karlsruhe 235/1891; UAH, III 5b, 332, Bl. 107; JANSEN, *Der „Fall Gumbel“*, S. 52, Anm. 217).

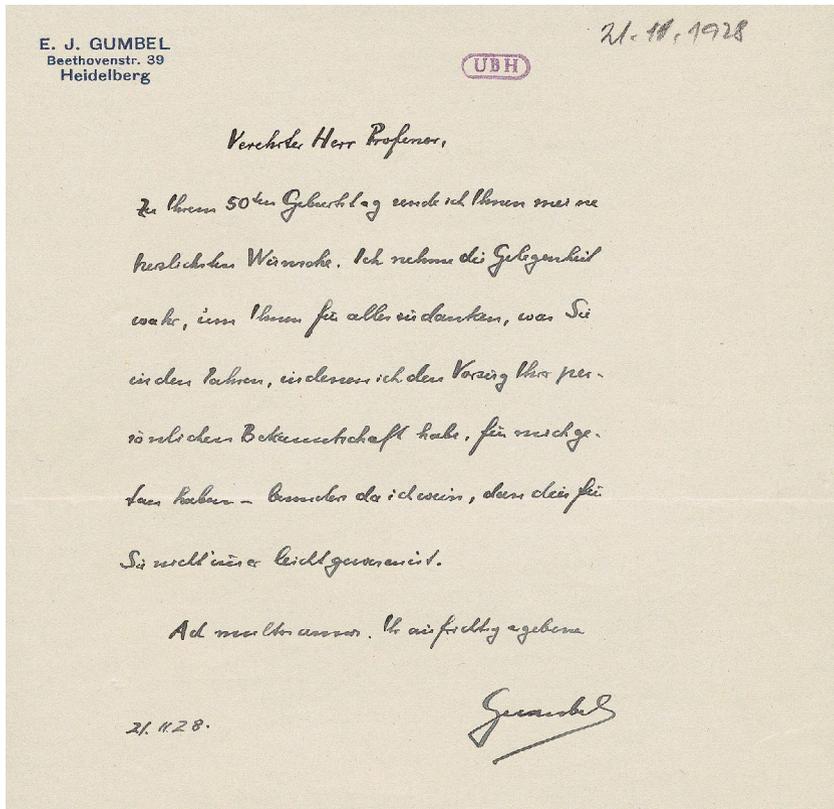


Abb. 19 Brief Gumbels vom 21.11.1928 an Radbruch
Universitätsbibliothek Heidelberg

wurde am Verfassungstag des Jahres 1930 nun endlich Emil Gumbel zum außerordentlichen Professor – „ein reiner Titel, der nicht mit der Erhöhung des Gehalts oder der Altersversorgung verbunden war“⁴¹⁹ – ernannt. In völliger Verkennung der an der Ruperto Carola herrschenden politischen Situation schrieb er an Gustav Radbruch „Ich hoffe, daß sie [sc. Ernennung zum ao. Professor] in der Öffentlichkeit einen guten Eindruck machen wird. Speziell wird sie die noch immer existierende Nachwirkung der Veröffentlichung des Fakultätsgutachtens paralisieren können.“⁴²⁰

419 Zit. nach JANSEN, Gumbel, S. 94.

420 Unter dem 13. August 1930 (UBH, Heid. Hs. 3716 III F-NL Radbruch); WOLGAST, in: Ulmer (Hrsg.), Gumbel, S. 34. – Für Gumbel war dieser Titel keinesfalls bedeutungslos, wie seine sofortige Aufnahme in das Heidelberger Adressbuch von 1931 belegt.

Stattdessen brach jedoch in Heidelberg ein Sturm los, wie ihn die Universität noch nicht erlebt hatte: Die Titelverleihung diente dem NSDStB im Rahmen des kommunalen Wahlkampfes dazu, die Bevölkerung gegen den politisch weit links stehenden, seit langen Jahren umstrittenen Gumbel aufzuwiegen. Überdurchschnittlich gute Ergebnisse erzielte die NSDAP bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 in Heidelberg mit 30,16 % aller Stimmen; damit war sie die stärkste Partei.⁴²¹ Beflügelt von diesem Erfolg veranstalteten NSDAP, DNVP und die Vereinigung Heidelberger Verbindungen zu Beginn des Wintersemesters, am 7. November 1930, in der Stadthalle eine Protestkundgebung, die sich nicht allein gegen die Ernennung Gumbels zum Professor an der Ruperto Carola richtete, sondern in eine Offensive gegen die verachtete Weimarer Republik mündete: „Der Protest gilt nicht so sehr der Person [sc. Gumbel], denn diese ist für uns nichtig, sondern dem System.“⁴²² In dem vom NSDStB dominierten AStA beschloss man unter dem 17. November 1930, jegliche Universitätsfeierlichkeiten zu sabotieren, wenn nicht garantiert werden könne, dass Gumbel fernbleibe; er solle „in Zwangsurlaub geschickt werden.“⁴²³ Das Rektorat sah sich gezwungen, Schutzmaßnahmen gegen „terroristische Störungen“ von Gumbels Lehrveranstaltungen durch die Studenten zu ergreifen. Einzig die Professoren Radbruch, Anschütz und Lederer verwehrten sich gegen die gleichzeitig geführten Angriffe auf die Universität, deren nachhaltige „Säuberung“ verlangt wurde.⁴²⁴

Nahezu prophetisch stellte Radbruch die Frage: „Mit Gumbel soll die Säuberung angefangen werden – wer weiß, mit wem sie enden soll?“⁴²⁵ Aufgefordert wurde der Rektor, sich in einer amtlichen Erklärung dagegen zur Wehr zu setzen. Und Karl Meister, seit dem 1. Oktober 1930 neu gewählter „Rektor magnificentissimus“, handelte unverzüglich, indem er sich „im Interesse des Friedens der Universität und zur Sicherung der akademischen Sitte und Ordnung“ mit einer öffentlichen Ehrenerklärung scheinbar vor Gumbel stellte:

„1. Die Äußerungen des Herrn Prof. Gumbel auf seinem Fachgebiet der Statistik sind von Kennern dieses Gebietes anerkannt worden. – 2. Über die Lehrtätigkeit des Herrn Prof. Gumbel ist keine Klage erhoben worden. – 3. Herr

421 Im Deutschen Reich waren es durchschnittlich 14,9 %; noch 1928 hatte die NSDAP in Heidelberg knapp 3 % erreicht; vgl. WAGNER, in: Leonhard (Hrsg.), Bücherverbrennung, S. 17.

422 So der Jurastudent Bernhard Seeger-Kelbe, einer der Protagonisten im Kampf gegen Gumbel (hier zit. nach JANSEN, Gumbel, S. 31).

423 Vgl. LEISEN, Ausbreitung, S. 160 ff.

424 UAH, III 5b 332, Bl. 10. – Nach den Vorstellungen des AStA sollte das Wintersemester 1930/31 zum Semester des „Kampfes der nationalen Studentenschaft um die Säuberung der Hochschulen“ hochstilisiert werden.

425 Zit. nach Heidelberger Tageblatt v. 12. November 1930 (abgedruckt bei PETERS/WECKBECKER, Weg zur Macht, S.148; JANSEN, Der „Fall Gumbel“, S. 32 f.).

Universität und der Fall Gumbel.

Eine Antwort an Professor Radbruch.



Unter der Ueberschrift „Protest gegen einen Brief“ hat gestern Professor Dr. Julius Radbruch im „Heidelberger Tageblatt“ zum Fall Gumbel in einem längeren Artikel Stellung genommen, in dem er die Frage aufwirft, ob die Heidelberger Universität es „an Ansehen der politischen Listen allen anderen Hochschulen zuvortun soll“. Radbruch wendet sich dagegen, daß man einen Hochschullehrer wegen seiner politischen Stellungnahme von der Universität entfernt und erinnert an das Wort von der „Eäuberung der Hochschule“. Dann schreibt er weiter: „Mit Gumbel soll die Eäuberung angefangen werden — wer weiß mit wem sie enden soll?“ Der Kampf richtete sich nicht allein gegen Gumbel, sondern „gegen das ganze System, das sich durch Gumbels Ernennung zum Professor kennzeichnet“.

Im Anschluß an diesen Artikel erhalten wir folgende Zuschrift, die zu den Ausführungen Radbruchs Stellung nimmt:

Der Artikel von Herrn Prof. Radbruch im „Heidelberger Tageblatt“ steht mit seinen wesentlichen Argumenten in einem derart scharfen Gegensatz zur Ueberzeugung der überwiegenden Mehrheit der Heidelberger Studentenschaft, daß es notwendig ist, dagegen Stellung zu nehmen.

Wir wissen nicht, worin Herr Prof. Radbruch eine „Nochheit der politischen Sitten“ sieht. Unser Vorhaben erwuchs aus dem inneren Smpang, aus der ehrliehen Empörung über die ungewollte beabachtete politische Bräktifizierung der Mehrheit der Heidelberger Studentenschaft, die schon allein durch die von dem sonst üblichen Brauch abweichende Form der Ernennung am Verfassungstag, ohne Antrag und ohne direkte Befragung der Fakultät klar zum Ausdruck kam. Wir lehnen Herrn Prof. Gumbel nicht nur wegen seines Ausspruches vom „Felde der Aehren“, der hinterher sehr verschiede interpretiert wurde, ab, sondern überdes hinaus, wegen seiner gesamten sonstigen politischen Tätigkeit, die unserer Ueberzeugung nach mit der Schreibeit überhaupt nichts mehr zu tun hat, da Herr Prof. Gumbel als Universitätslehrer nicht über Fernemord und eheimie Kliffungen, sondern über Statistil liest. Ferner ist es der Mehrheit der Studentenschaft unbegreiflich, daß ein Mann, dem das Gutachten der Philosophischen Fakultät, „persönliche Aesthetik, mangelnde Sakt, Genialitätslust und Demagogie“ u. a. vorwirft, vom Herrn Kultusminister Nennung für geeignete angeschlossen wird, als Professor deutsche Jugend zu führen. Man kann beständig dieser Vorwürfe niemals als mildernd anführen, daß das Gutachten aus dem Jahr 1925 stamme und heute keine Bedeutung mehr besitze.

Herr Prof. Radbruch sieht die Freiheit der politischen Meinung bedroht. Nach unserer Ueberzeugung hat die politische Gesinnungsfreiheit dort ihre Grenze, wo sie den Bestand und das Wohlergehen des Staates, wo sie die Ehre des deutschen Volkes bedroht.

Daß die Mehrheit der deutschen Jugend von 1930 eine andere Staatsgesinnung hat als Herr Prof. Gumbel und diejenigen, die sich Gumbel in dem einen oder in dem anderen Punkte gesinnungsverbunden fühlen, ist Gott sei Dank eine Tatsache, wenigstens dies Herr Prof. Radbruch nicht zu glauben vermag.

Niemals hat einer der Redner der Protestversammlung mit sozialer Ueberblichkeit etwa von dem Beruf des „Eadträgers“ gesprochen. Für uns gilt die Ehre jedes Mannes gleich, der in seinem Beruf etwas leistet. Wir haben uns mit keinem Wort gegen das deutsche System deshalb gewandt, weil es theoretisch für jeden die Aufstiegsmöglichkeit zu den höchsten Staatsstellen bietet. In der Praxis aber sieht dieser Aufstieg ganz anders aus. Es hat sich fortgesetzt gezeigt, daß nicht der Aufstieg auf Grund von Leistungen, sondern auf Grund des Parteibudes möglich ist. Nicht die fähige Einzelpersönlichkeit hat Aufstiegsmöglichkeiten, sondern um mit dem sozialdemokratischen ehemaligen preußischen Kultusminister Dr. Grimme zu reden, der „Exponent der Massen“. Dagegen empört sich das gesunde Gefühl der Studentenschaft.

Für unsere Stellung gegenüber dem Herrn Kultusminister Nennunge ist in erster Linie die Behandlung der Studentenschaft durch ihn, resp. seine Ministerialbeamten maßgebend. In dieser Hinsicht darf man ruhig der weit über die Studentenschaft hinaus vorhandenen Meinung Ausdruck geben, daß die Methoden des Herrn Kultusministers und der von ihm Beauftragten niemals übermäßig geschickt waren und daß sie niemals geeignet waren, im Sinn einer Wilerdung des politischen Kampfes an der Hochschule zu wirken, sondern im Gegenteil auf eine Unterdrückung der Mehrheit der Heidelberger Studentenschaft gerichtet oemelen sind.

Wenn wir betont haben, daß sich unser Kampf über die Person des Herrn Prof. Gumbel hinaus gegen das heutige System richtet, so ist das nun folgerichtig. Ein System, dessen Vertreter im Sinn der Herren Gumbel über Nennunge tätig sind und das nicht die Studentenschaft hinaus, ja nachherade zu seinen wesentlichen Anhalt macht, ist in unseren Augen moralisch und faul. Die Mehrheit der Heidelberger Studentenschaft sieht es deshalb als ihre Pflicht an, als kleine Siohtrupp im Millionenheer derer, die für ein sauberes soziales und nationales Deutsches Reich kämpfen, da Ihre zu tun.

Wir vermögen niemals in Herrn Prof. Gumbel einen „Kämpfer für Recht und Wahrheit“ zu sehen, sondern einen Mann, der Staat und Volk durch seine politische Tätigkeit fortgesetzt schadet.

Es bedeutet zuletzt eine völlige Verfernung der deutschen Jugend, in deren Namen wir glauben sprechen zu dürfen, anzunehmen, sie kämpfe nicht für die Freiheit der Ueberzeugung. Gerade der Terror des heutigen Systems, der sich uns gegenüber in den verkehrendsten Formen auslebt, hat uns dazu gebracht, dieses System hassen zu lernen, hat uns dazu gedrängt, den uns aufgewungenen Kampf um die Freiheit unserer Gesinnung unbegrenzt durchzuführen bis zum Endsiege.

Am Besallenen-Denkmal der Technischen Hochschule in Berlin wurde anlässlich der Langemard-Feter ein Kranz, versehen mit einer Schleiße mit der Aufschrift „Ex ossibus illor“ (Aus den Gebeinen wird ein Räder erstehen) niedergelegt. Diese Kranzschleiße wurde auf beherbliche Anordnung entfernt.

Wir fragen Herrn Prof. Radbruch: Ist das die so vielgerühmte Gesinnungsfreiheit des heutigen Systems? Wir sehen darin den gemeinsten Gesinnungserror, der nicht einmal vor den Gedentflächen der Toren Halt macht. Ist es verwunderlich, daß die deutsche Jugend dieses

System, das uns auf so empörende Weise verlegt, unerbittlich haßt und Miffkämpfer aller derjenigen ist, die es beizügigen wollen.

Die „Freiheit, die wir meinen“, hat nichts zu tun mit „Freiheit“ für die Tätigkeit des Herrn Prof. Gumbel! Ein Recht auf die Freiheit der Gesinnungsausprägung hat unserer Ueberzeugung nach nur der, der diese Freiheit im Dienst am Vaterland gebraucht. Jeder andere hat dieses Recht vermisst.

Unter anderem dieser unserer Ueberzeugung zur Herrschaft in Deutschland zu verhelfen, ist unser Ziel: Kampf unter persönlichem Einsatz ist die Strafe, die wir marschieren; Empörung und Begeisterung gepaart mit dem sachlichen Können, das wir uns an der Universität erarbeiten wollen, sind Mörkel und Bausteine, aus denen wir zusammen mit den Aelteren, die mit uns kämpfen, das kommende Reich aufbauen werden. Den Mut und die Hoffnung unserer Jugend aber schöpfen wir aus dem fanatischen Glauben an die Auferstehung unseres Vaterlandes.

Heidelberg, den 12. November 1930.
Der Aktionsauschuß der nationalen Studentenschaft.
Bernhard Seeger. Reihe cand. phil.

Abb. 20 Zeitungsbericht im Heidelberger Tageblatt vom 13.11.1930
Universitätsbibliothek Heidelberg

Prof. Gumbel hat ein vor sechs Jahren gesprochenes Wort, mit dem er unser Empfinden tief gekränkt hat, damals öffentlich bedauert; die Fakultät hat es scharf mißbilligt; ein gegen ihn auf Entziehung der *Venia legendi* eingeleitetes Verfahren wurde jedoch eingestellt. – 4. Herr Prof. Gumbel hat die Rechte und Pflichten eines apl. außerordentlichen Professors unserer Universität. Alle Angriffe gegen dieses Recht müssen energisch abgewehrt werden.⁴²⁶

Der Senat aber wich aus: Zwar dürften „Angriffe gegen Dozenten der Universität wegen ihrer politischen Gesinnung nicht geduldet werden, ... aber der Fall Gumbel [sc. bietet] bei seiner eigenartigen Lagerung keinen glücklichen Anlaß, mit einer Gegenerklärung in die Öffentlichkeit zu treten.“⁴²⁷ Auf Distanz ging gleichfalls die Philosophische Fakultät zu ihrem ehemaligen Dekan Friedrich Gundolf, als sie unter dem 15. November 1930 in einem Brief an das Kultusministerium verlautbaren ließ, sie hätte der Ernennung Gumbels nicht zugestimmt, „wenn allen Mitgliedern die Anfrage bekannt gewesen wäre.“⁴²⁸ Beleidigt zeigte sich die Fakultät auch darüber, dass das ihr gebührende Vorschlagsrecht vom Ministerium einfach übergangen wurde. Der Höhepunkt der Kampagne im Wintersemester 1930/31 sollte jedoch erst im Januar 1931 bei einer „Protest-Versammlung gegen Gumbel und Polizeiwillkür“ erreicht werden, als Kultusminister Remmele wegen Haushaltsmanipulationen die Heidelberger Studentenschaft auflöste und den AstA wegen satzungswidriger Beschlüsse suspendierte.⁴²⁹ Nach einer öffentlichen Versammlung auf dem Paradeplatz unter der Führung des Hochschulgruppenführers des NSDStB, Gustav Adolf Scheel,⁴³⁰ kam es zur gewaltsamen Besetzung der Alten Universität.⁴³¹ Gleichzeitig wurde in der Stadt mit großem Erfolg eine Unterschriftensammlung des „Nationalen Kampfausschusses“ mit der Forderung nach einer Entfernung Gumbels durchgeführt,

426 UAH, B-3075/13. – Zu den Hintergründen dieser Erklärung s. JANSEN, Der „Fall Gumbel“, S. 37 f. Attestiert wurde Meister ein „unerschrockenes Auftreten gegenüber jugendlichen Schrittmachern des Nationalsozialismus“ während seines Rektorats (Artikel im „Heidelberger Tageblatt“ v. 23. Oktober 1953).

427 UAH, B-3075/3, Bl. 11 ff.

428 Gegen die Stimmen Alfred Webers und Emil Lederers in Abwesenheit von Karl Jaspers (UAH, B-3075/3 Bl. 89). – Hellpach bezeichnete die Dekanatsführung durch Friedrich Gundolf als „weltfremd“ (Wirken in Wirren, S. 172).

429 Zu der AstA-Auflösung und den nachfolgenden „Gumbel-Krawallen“ s. JANSEN, Der „Fall Gumbel“, S. 41 ff.

430 Der Medizinstudent Scheel war Führer des Heidelberger NSDStB, 1936 in Personalunion Reichsführer der DSt und Führer des NSDStB sowie später Gauleiter und Reichsstatthalter in Salzburg; bereits 1935 verlieh ihm die Ruperto Carola die Würde eines Ehrensenators. – Zu Scheel vgl. Birgit ARNOLD, Gustav Adolf Scheel, Reichsstudentenführer und Gauleiter von Salzburg, in: Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, hrsg. von Michael KISSNER / Joachim SCHOLTYSECK, Konstanz 1997, S. 567-594.

431 S. hierzu UAH, B-8910/1035; SCHROEDER, Tod den Scholaren, S. 163 ff.

welcher der Senat unter Vorbehalt entgegentrat:⁴³² Mit Befremden nahm er „zur Kenntnis, daß der Versuch gemacht wird, durch öffentliche Abstimmung in der Bevölkerung Heidelbergs einen akademischen Lehrer aus seinem Amt zu entfernen. In diesem grundsätzlichen Beharren auf sein Recht vermag den Senat auch nicht die Tatsache irre zu machen, daß er die Verleihung der Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor an den Privatdozenten Dr. Gumbel mißbilligt.“⁴³³ Pathetisch erklärte daraufhin der Berliner Vorsitzende der in Preußen und Württemberg nicht mehr staatlich anerkannten DSt, der nach Auflösung des ASTa die Heidelberger Studentenschaft beigetreten war, dass das akademische Deutschland sich in immer stärkeren Maße der Gefahr bewusst werde, „die die Tätigkeit des Herrn Gumbel für das deutsche Volkstum und für die Geltung der deutschen Hochschulen in der deutschen Volksgemeinschaft, wie in der internationalen wissenschaftlichen Welt“ bedeute; er forderte den Verband der Deutschen Hochschulen auf, seine „Stimme zu erheben und vor der Welt zu bezeugen, dass auch im Kampf um die Würde und Ehre der deutschen Universität als der sittlichen Grundlage ihrer Geltung im Volksleben das Wort von der *universitas docentium et discentium* seine Berechtigung nicht verloren“ habe.⁴³⁴ Noch einmal rafften sich über 80 Professoren zu offenem Protest auf, als der Vorstand des „Verbandes der Deutschen Hochschulen“ Verständnis für das Vorgehen der Heidelberger Studierenden und ihre „vaterländische Gesinnung“ bekundet hatte.⁴³⁵ Unmissverständlich verurteilten sie diese einseitige Parteinahme und gingen auf Konfrontationskurs zu ihrer Standesvertretung; zu ihnen zählten neben den Heidelberger Kollegen Emil Lederer, Jakob Marschak, Heinrich Münter wie auch Gustav Radbruch, ebenso der Bonner Theologe Karl Barth, Ferdinand Tönnies in Kiel, der Frankfurter Sozialphilosoph Max Horkheimer und der Historiker Hajo Holborn, welcher sich 1926 an der Ruperto Carola habilitiert hatte:

„Wir vermissen in dieser Antwort die gebührende Zurückweisung des studentischen Versuchs, die akademische Lehr- und Gesinnungsfreiheit mit der Entfernung Professor Gumbels aus seiner Lehrtätigkeit in Heidelberg aus politischen Gründen zu vernichten. Wir vermissen insbesondere die pflichtgemäße Schärfe,

432 Vgl. D. MUSSGNUG, in: Doerr (Hrsg.), *Semper Apertus*, Bd. 3, S. 466.

433 UAH, B-3075/15 (vgl. den Bericht in der Volkszeitung v. 31. Januar 1931).

434 Zit. nach FAUST, *Der Nationalsozialistische Studentenbund*, S. 61.

435 Mitteilungen des VDH, XI (1931), H. 3 (März 1931), S. 30. – Der „Verband der Deutschen Hochschulen“ (VDH) war die offizielle Standesvertretung sämtlicher deutscher Hochschullehrer, letztlich ein „Sprachrohr der alten Kräfte, die fortgesetzt bei allen sich bietenden Gelegenheiten die Idee des starken nationalen, militanten Staates gegen die neue, zerbrechliche Realität der Demokratie ausspielten“; vgl. REIMANN, in: Tröger (Hrsg.), *Hochschule*, S. 43.

mit der der Hochschulverband an erster Stelle von den unerhörten Übergriffen und Methoden der Heidelberger Studenten hätte abrücken müssen. Insbesondere fühlen sich die Unterzeichneten zu diesem förmlichen Protest verpflichtet, weil das Schreiben des Hochschulverbandes nicht die geistigen Interessen der gesamten akademischen Lehrerschaft vertritt, sondern sich zum Sprachrohr für politisch intolerante, vom kulturellen Standpunkt sehr unzeitgemäße Anschauungen einzelner Gruppen macht.“⁴³⁶

Unerwartete Unterstützung erhielt Gumbel aus den Vereinigten Staaten: Professor Walter Landauer von der Agricultural Experimental Station in Storrs, Connecticut, wandte sich scharf in einem Brief an Rektor Karl Meister unter dem 12. Mai 1931 gegen das Verhalten der Universität und der Studentenschaft in der reichsweit Aufsehen erregenden Affäre Gumbel; er rief eine Protestbewegung in den USA ins Leben, die Amerikaner vor einem Studium an der Ruperto Carola warnen und finanzielle Hilfen für die Universität unterbinden sollte.⁴³⁷

Angesichts der Bedrohung sämtlicher kultureller und moralischer Werte begannen einzelne Professoren nun verstärkt, ihrer Besorgnis Ausdruck zu verleihen. Vor dem Hintergrund der zunehmend gewalttätigen Aktionen des NSDStB erschien ihnen die von dem Verband der Deutschen Hochschulen nachdrücklich betonte Idee der „unpolitischen Universität“, verbunden mit dem Anschein der Überparteilichkeit, als unreal. Karl Jaspers warnte in der 1931 publizierte Schrift „Die geistige Situation der Zeit“ vor einem Abgrund an Entpersönlichung und Unfreiheit.⁴³⁸ Vergeblich beklagte der renommierte Romanist Ernst Robert Curtius, entsetzt von dem gefühlsbetonten Radikalismus der studentischen Jugend, in seiner 1933 veröffentlichten Schrift „Deutscher Geist in Gefahr“ die Ausbreitung einer primitiven Geisteshaltung, welche die kulturellen Traditionen Deutschlands zu zerstören drohe. Und der Heidelberger Philosoph Ernst Hoffmann, 1935 aus politischen Gründen zwangsemigriert, klagte offen in seiner Rede zur Reichsgründungsfeier am 17. Januar 1931 zu dem Thema „Die Freiheit der Forschung und Lehre“ die exzessive „Politisierung“ der Universität an und wandte sich explizit gegen die intolerante und vulgäre Demagogie der nationalsozialistischen Studenten.⁴³⁹ Ein Beispiel seltener Zivilcourage ist seine 1934 in der Rezension zu

436 „Protesterklärung republikanischer und sozialistischer Hochschullehrer“ (publiziert bei MAIER-METZ, Pazifismus, S. 72-73); vgl. JANSEN, Der „Fall Gumbel“, S. 59; HEIBER, Universität, S. 80 f.; WOLGAST, in: Ulmer (Hrsg.), Gumbel, S. 36 f.

437 UAH, III 5b, 332, Bl. 254. – Landauers Brief erschien gleichzeitig in der „Volkszeitung“, der Tageszeitung der SPD in Heidelberg.

438 Vgl. LAMBRECHT, in: Sandkühler (Hrsg.), S. 302 f.

439 Vgl. KAEGLI, in: Eckart/Sellin/Wolgast (Hrsg.), Universität Heidelberg, S. 331 f.

einem Vortrag Max Wundts über den „Sinn der Universität im Deutschen Idealismus“ getroffene Feststellung, dass man „auch 1932 schon [sc. hätte] sagen können und sollen, daß die zersetzenden Kräfte mehr von innen als von außen kamen. Über den Opportunismus der Senate und Fakultäten lassen sich Dinge sagen, die notorisch sind.“⁴⁴⁰ Der Brutalität des neuen politischen Stils begegneten aber die meisten Professoren an den deutschen Hochschulen mit Hilflosigkeit und ängstlichem Verzagen, wirksamer Widerstand blieb aus.⁴⁴¹ Als einer der ganz wenigen unter ihnen wagte es Alfred Weber, offen wider den Stachel zu löcken: So wies er den Hausmeister an, die auf dem Dach des Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften (Palais Weimar) gehisste Hakenkreuzfahne einzuholen; bewaffnete SA-Männer erzwangen die erneute Beflaggung.⁴⁴² Nun wirkte es sich verhängnisvoll aus, dass viele der Heidelberger Gelehrten während der Weimarer Republik die politische und gesellschaftliche Verantwortung des Wissenschaftlers ignoriert, wenn nicht bewusst missachtet hatten. Von einer inneren Homogenität, einer Geschlossenheit über politische und weltanschauliche Fragen konnte innerhalb des Lehrkörpers keine Rede sein. Der kleinste gemeinsame Nenner, auf den man sich noch einigen konnte, blieb das nationale Pathos. Bemerkenswert ist ein im „Heidelberger Tageblatt“ während jener Tage publizierter Leserbrief aus der Feder Golo Manns, welcher damals an der Ruperto Carola bei Karl Jaspers promovierte:

„Man zerschlägt die Idee der Universität, deren Lehrfreiheit man durch den Kampf gegen einen Dozenten, nur um seiner Gesinnung willen, auf das gröblichste verletzt; man gefährdet den Frieden und den guten Ruf der Stadt; man sucht das Leben eines Menschen zu zerstören, dessen ganze Sünde ist, in seiner Gesinnung ebenso radikal zu sein, wie seine Gegner es sind, und eben eine eigene Meinung, nicht diejenige seiner Gegner zu haben.“⁴⁴³

Es folgten einige Monate voll trügerischer Ruhe, wesentlich bedingt durch eine momentane personelle Schwäche des Heidelberger NSDStB, welche aber im Frühjahr 1932 bereits überwunden war. Auf Drängen des Engeren Senats hatte das Kultusministerium am 7. Juli 1932 endlich eine neue Satzung der Heidelberger

440 In: Kant-Studien 39 (1934), S. 63.

441 S. hierzu und zu den vorangegangenen Zitaten WOLGAST, Universität, S. 142 f.; vgl. auch die Reaktionen Karl Jaspers' (MANN, Erinnerungen, S. 308 ff.) auf seine Zurückhaltung angesichts der Hetzkampagnen des NSDStB. Angesprochen von einem Studenten auf die Vorkommnisse während der Studentenunruhen („Wenn das Haus brennt, dann werden Sie doch beim Löschen helfen wollen“), antwortete Jaspers: „Nein, wenn das Haus brennt, dann rufe ich die Feuerwehr. Ich habe Medizin gelernt und Philosophie, aber Feuerwehrmann bin ich nicht.“

442 Vgl. DEMM, in: Heidelberger Jahrbücher XXVI (1982), S. 69 ff.

443 Erinnerungen und Gedanken, S. 400.

Studentenschaft genehmigt.⁴⁴⁴ Voller Ingrimms mussten die Mitglieder des NS-Studentenbundes aber feststellen: „Doch der Marxist Gumbel lief immer noch in der Gegend herum. Wir hatten ihn nicht vergessen.“⁴⁴⁵ Das konnten sie auch nicht, denn Gumbel selbst ließ nichts unversucht, um neues Öl ins offene Feuer zu gießen. Auf wenig Verständnis und heftigen Widerspruch bei der Studentenschaft und einem großen Teil des Professorenkollegiums stieß seine Mitunterzeichnung des „Dringenden Appells“ des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes zur Reichstagswahl 1932, der ein taktisches Zusammengehen von SPD und KPD forderte.⁴⁴⁶ Zwar nur wenig originell, dafür aber bewusst provozierend, sprach Gumbel im Rahmen einer internen Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft der Sozialistischen Studentenschaft über „Krieg und Arbeiterbewegung“ am 27. Mai 1932 davon, dass sich – in Erinnerung an die über 700.000 Hungertoten des sogenannten Kohlrübenwinters 1917/18 – eine „große Kohlrübe als Denkmal des Krieges besser eigne als die übliche leichtbekleidete Jungfrau mit der Siegespalme in der Hand.“ Neu war diese Äußerung in seinem rhetorischen Repertoire nicht,⁴⁴⁷ sie war aber ganz bewusst gemünzt auf die zwei ihm bekannten Angehörigen des NSDStB, welche sich unter den Zuhörern befanden.⁴⁴⁸ Zum Verhängnis wurde ihm letztendlich seine bedingungslose Geradlinigkeit und Sturheit, gepaart mit einer nur schwer verständlichen Taktlosigkeit und „begleitet von der Furcht, nicht mutig zu erscheinen. Aus dieser Furcht, daß Gumbel sich gern herausstellt, erklärt es sich insbesondere, daß er die Nationalsozialisten aus dieser Versammlung nicht herauswies, sondern ihnen die Stirn bieten wollte.“⁴⁴⁹

Und so kam es, wie es kommen musste: Nachdem die NS-Studenten Gumbels Erklärung einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht hatten, folgte eine Welle der Empörung und des Aufruhrs innerhalb der radikal nationalistisch gesinnten Studentenschaft: „Unsere gefallenen Kommilitonen haben uns ein großes und heiliges Vermächtnis hinterlassen, den einigenden Geist der Frontsoldaten auch in die deutschen Universitäten zu tragen, um Seite an Seite auch mit

444 Unter dem Hinweis, dass innerhalb der Studentenschaft eine gewisse Unruhe herrsche, drängte Rektor Meister mit Schreiben vom 6. Juni 1932 auf eine rasche Genehmigung der Satzung durch das Ministerium (GLA Karlsruhe, 235/30040).

445 Zit. nach JANSEN, Der „Fall Gumbel“, S. 60.

446 Zu den weiteren Unterzeichnern zählten Heinrich Mann, Käthe Kollwitz, Ernst Toller, Arnold Zweig und viele andere.

447 „Die Kriegerdenkmäler erzählen nichts von der alles beherrschenden Kohlrübe, vom grauen Hunger, der kalten Not, vom Wohlleben der Etappe auf Kosten der Front ...“ (zit. nach Gumbels Artikel „Krieg dem Kriege! Der 11. November“, publiziert bei BENZ, Pazifismus, S. 198).

448 Vgl. UAH, B-8917/2 (Disziplinarsachen im Fall Gumbel [Scheel, Doerr, Himmel u. a.]).

449 So treffend Radbruch in seinem Plädoyer gelegentlich des Disziplinarverfahrens (UAH, III 5b, 334, Bl. 199 ff.).

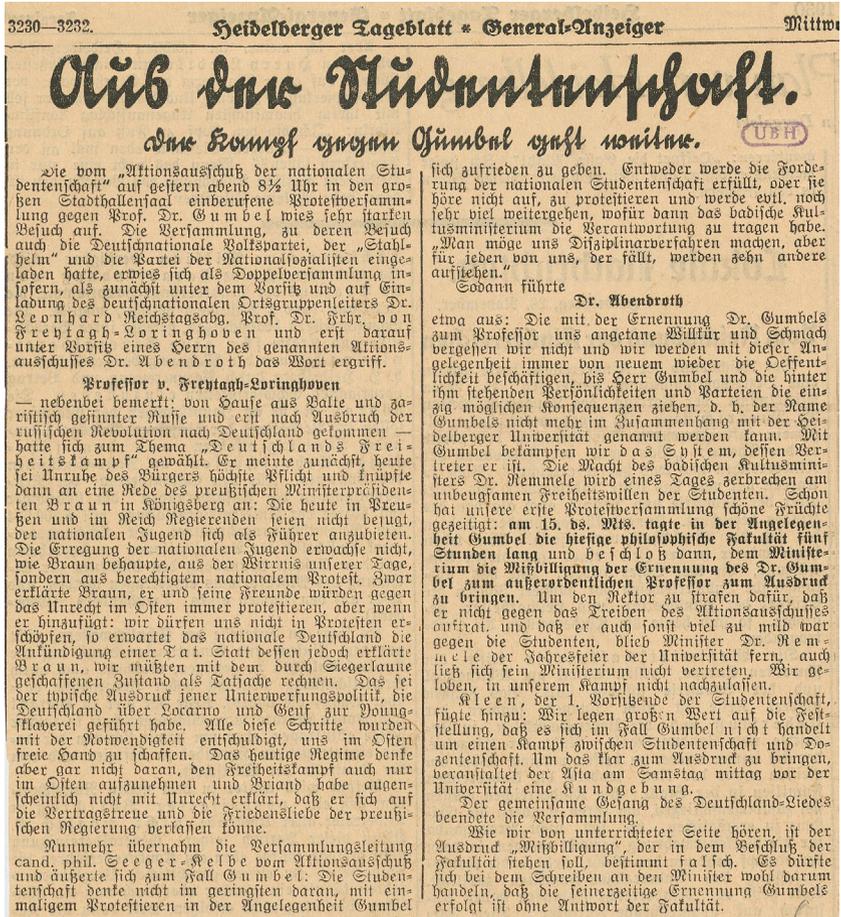


Abb. 21 Zeitungsbericht im Heidelberger Tageblatt vom 26.11.1930
 Universitätsbibliothek Heidelberg

anders denkenden Kommilitonen am Wiederaufbau der deutschen Nation mit-zuhelfen, die doch letzten Endes in dem gesunden Stand der deutschen Hoch-schulen ihre Wurzeln hat. Niemals aber können wir es dulden, daß ein Dozent, der Träger und Pfleger deutscher Wissenschaft und Führer und Lehrer der deut-schen akademischen Jugend sein soll, unsere Gefallenen in dieser unakademischen und unchristlichen Weise beschimpft.⁴⁵⁰ Aber ebenfalls bei überzeugten Republi-kanern erregte Gumbels zweideutige Formulierung stärksten Unwillen; bis in die

450 Deutsche Studentenschaft Heidelberg an den Engeren Senat unter dem 16. Juni 1932 (UAH, B-3075/17, Bl. 19 f.).

sozialdemokratische Anhängerschaft hinein teilte man die Ansicht, dass ein „solcher Mann keinen Tag länger im Lehrkörper einer deutschen Erziehungsanstalt vom Range der Universität Heidelberg“ geduldet werden darf.⁴⁵¹

Für Gumbel, schon lange konfrontiert mit herabsetzenden Anpöbeleien auf offener Straße, begann ein regelrechter Spießrutenlauf.⁴⁵² Die Fensterscheiben seiner Wohnung wurden eingeschlagen, der Zaun gewaltsam zerstört, Bäume im Garten herausgerissen. Ohne Begleitschutz konnte „der Jude“, von dem „man schon immer gewußt hat, wie innerlich faul und angefressen er ist“,⁴⁵³ es nicht mehr wagen auszugehen, nachdem auf einer Protestversammlung Mitte Juni 1932 offen zur Hexenjagd aufgerufen und Morddrohungen laut geworden waren: „Die Studentenschaft wird nicht eher ruhen, bis Gumbel, dieser Schandfleck einer deutschen Universität, entfernt ist und sein Kopf rollen wird, legal natürlich. Mit ihm fällt ein Kopf des Systems ... Auf sein Grab wird man nicht drei Lilien pflanzen, sondern drei Kohlrüben.“⁴⁵⁴ Dennoch: Während die Universität schockiert und verängstigt reagierte, begegnete Emil Gumbel mit bemerkenswerter Zivilcourage dem vom NSDStB inszenierten Kesseltreiben mit seinen nahezu täglichen Übergriffen und Provokationen.

Anfang Juni wurde Rektor Otto Erdmannsdörfer über die „Kohlrüben-Äußerung“ Gumbels informiert und vom Kultusminister, dem Zentrumsmann Eugen Baumgartner, nachdrücklich ermahnt, dass dann, wenn dies sich als richtig erweise, „rasche, scharfe Maßnahmen“ nachfolgen müssten.⁴⁵⁵ Zunächst aber wurden Gumbel und die Fakultät vom Rektor gebeten, zu dem Vorfall Stellung zu nehmen. Gumbel zog sich darauf zurück, dass es sich um eine interne, aber keine öffentliche Veranstaltung gehandelt habe. Auch könne er sich nach einem Abstand von mehr als 14 Tagen nicht mehr genau an seine Ausführungen erinnern: „Ich dürfte – und zwar durchaus gelegentlich – darauf hingewiesen haben, daß in jener Zeit, die ich im Gegensatz zu den Lobpreisern des Krieges von heute als Soldat mitgemacht habe, der Hunger zu dem schließlich alles überragenden Gefühl wurde, und daß deswegen die Kohlrübe als Hauptnahrungsmittel dieser Zeit, sozusagen als Symbol, als Denkmal des Krieges adäquat ist.“⁴⁵⁶ In der für den

451 Vgl. HELLPACH, Wirken in Wirren, S. 171 f.

452 Vor diesem Hintergrund errichtete Gumbel unter dem 6. Mai 1931 ein handschriftliches Testament zugunsten seiner Ehefrau (UAH, Rep. 32/8).

453 So die Formulierung in dem Flugblatt „Fort mit Gumbel“ v. 16. Juni 1932, welches in einer Auflage von 15.000 Stück verbreitet wurde (UAH, B-8917/2).

454 Reichstagsabgeordneter Rupp (NSDAP) in der Kundgebung vom 24. Juni 1932 (zit. nach dem Artikel „Der Jude Gumbel hat nun endlich zu verschwinden!“, in: Die Volksgemeinschaft Nr. 143, 2. Jgg., v. 25. Juni 1932; Volkszeitung v. 27. Juni 1932, Nr. 147; vgl. ebenso LEISEN, Ausbreitung, S. 163, Anm. 163).

455 UAH, B-3075/17, Bl. 15.

456 Gumbel an Rektor Erdmannsdörfer unter dem 11. Juni 1932 (UAH, B-3075/17, Bl. 9 ff.).

15. Juni einberufenen Dringlichkeitssitzung der Philosophischen Fakultät berichtete zunächst ihr Dekan, der Philosophiehistoriker Ernst Hoffmann, über die „maßlose Gereiztheit“ Gumbels, der ein „vollständig unmöglicher Mensch“ sei und nicht wisse, „was er sagt und will es nicht sehen.“ Damit übereinstimmend erklärte Alfred Weber, dass der „Fall Gumbel eine Frage der Beurteilung der Persönlichkeit [sei] ... Stimme die Anschuldigung, dann habe er sich geirrt, Gumbel milde und schonend in letzter Zeit zu behandeln.“ Und für Gerhard Anschütz, der als juristischer Sachverständiger den Sitzungen beiwohnte, war das Angebot Gumbels, sich eine Stelle im Ausland zu suchen, „falls die Fakultät stillhalte“, lediglich die „versuchte Beeinflussung“ zu einem für ihn günstigen Urteil.⁴⁵⁷ Noch schärfer wurde Anschütz innerhalb des „Weimarer Kreises“, als er offen mit seinem Austritt drohte, sollte sich diese Vereinigung verfassungstreuer Hochschul-lehrer mit Emil Gumbel solidarisieren.⁴⁵⁸ Innerhalb der Fakultät war Einigkeit nicht zu erreichen: Während Karl Hampe, Otto Regenbogen wie auch Hermann Ranke aus unterschiedlichen Gründen ein neues Verfahren grundsätzlich ablehnten, einigte sich schließlich die knappe Mehrheit der Fakultätsmitglieder darauf, gegen Gumbel zwar vorzugehen, gleichzeitig aber ebenso jene Studenten, „die dies ‚Spitzeltum‘ getrieben“ hatten, einem Disziplinarverfahren zu unterziehen.⁴⁵⁹ Anschließend wurde der „Fall Gumbel“, nachdem der Senat in seiner Sitzung vom 16. Juni 1932 sich einstimmig für ein neues Verfahren ausgesprochen hatte, dem Untersuchungsausschuss überantwortet: „Professor Gumbel hat sich des Vertrauens als akademischer Lehrer nicht würdig gezeigt.“ Hervorgehoben wurde dabei Gumbels mehrfacher Verweis auf sein schlechtes Gedächtnis, da „er bei jeder Gelegenheit sagt, er wisse es nicht mehr ... Er nimmt sich das Recht freier und ehrverletzender Äußerungen und steht nicht dazu.“⁴⁶⁰ Bitter war es für Gumbel, dass gleichfalls Gustav Radbruch, der lange Zeit hinweg unverbrüchlich an seiner Seite gestanden hatte, sich nun von ihm öffentlich distanzierte.⁴⁶¹ Als Rechtsbeistand stand er ihm im Verlauf des Verfahrens vor dem Untersuchungsausschuss

457 In seinen Memoiren „Aus meinem Leben“ (hrsg. von Pauly, Frankfurt am Main 1993) geht Anschütz mit keinem Wort auf die „Fälle“ Emil Gumbel ein. – Telefonisch protestierte Anschütz nach der Entziehung der Venia legendi durch das Kultusministerium noch im Rektorat gegen eine „Anti-Gumbel-Veranstaltung“ in der Heidelberger Stadthalle und forderte – vergeblich – eine Ehrenerklärung der Universität für den umstrittenen Hochschullehrer.

458 Beschlossen wurde, zum Fall Gumbel keine weitere Stellung zu beziehen, „da hier die Meinungen ganz auseinandergehen“ (vgl. DÖRING, Der Weimarer Kreis, S. 111, Anm. 42).

459 UAH, B-8917/1.

460 JANSEN, Gumbel, S. 39; vgl. auch Radbruch in seinem Plädoyer: „Ich kann mit Tatsachen belegen, daß Herr Gumbel in der Tat ein Gedächtnis hat wie ein Sieb!“ (UAH, B-3075/19, Bl. 205).

461 In seiner Erklärung gelegentlich der Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 30. Juni 1932 betonte Radbruch einleitend, „ohne mich in der Sache selbst, die zur Verhandlung steht, mit Herrn Gumbel zu identifizieren.“ (UAH, B-3075/19, Bl. 199).

weiterhin zur Verfügung.⁴⁶² In seinem abschließenden Plädoyer hob Radbruch die weitreichenden Folgewirkungen des Falles hervor: „Ich glaube nicht, daß die Entfernung Gumbels uns die Ruhe zurückgeben würde ... Wenn Gumbel nicht mehr da ist, wird man sich einen anderen Gumbel suchen, weil man ihn braucht ... Herr Gumbel will zwar dieses Verfahren durchgeführt wissen, aber er ist entschlossen, sofort nach der Entscheidung einen Urlaub nachzusuchen, mit der Absicht, sich eine andere Position zu schaffen, möglicherweise im Auslande.“⁴⁶³ Davon gewiss nicht unbeeindruckt blieb Gerhard Anschütz, der zwar als Vorsitzender des Ausschusses, dem neben ihm der Anglist Johannes Hoops und Gumbels Fachkollege Arnold Bergsträsser als Beisitzer angehörten, mit Beschluss vom 2. Juli 1932 die Voraussetzungen zur Entziehung der *Venia legendi* bejahte: „Nicht die politische Ueberzeugung, sondern die Struktur seiner Gesamtpersönlichkeit ist es, was das Verbleiben Gumbels im Lehrkörper der Universität unvereinbar erscheinen läßt mit deren Würde und Ansehen. Nicht eine einmalige Entgleisung liegt vor, sondern es hat sich gezeigt, daß die Vorfälle der vergangenen Jahre so tief in der nicht mehr wandelbaren Anlage der Persönlichkeit Gumbels begründet waren, daß auch die ernste und nachdrückliche Warnung, die ihm seiner Zeit zuteil geworden ist, eine Wiederholung nicht zu verhindern vermocht hat.“⁴⁶⁴ Erwartungsgemäß wurde die Entschließung durch Fakultät und Senat bestätigt, der „unter besonderer Betonung der für den Dozenten unentbehrlichen Freiheit der Meinungsäußerung“ in der Sitzung vom 4. Juli 1932 die Auffassung vertrat, „daß diese Freiheit durch die Verwertung unsachlich demagogischer Mittel mißbraucht worden ist.“⁴⁶⁵ In der Fakultätssitzung berichtete Anschütz aber auch, dass nach der Schlusserklärung Gumbels bei ihm noch Zweifel, bei Hoops gar ein „Gefühl der Sympathie“, bestanden haben, als Gumbel an die Mitglieder appellierte: „Ich will wissenschaftlich arbeiten und glaube, durch viele Jahre harter Arbeit im psychischen und physischen Sinne etwas geleistet zu haben und etwas leisten zu können. Ich bitte Sie, mir die Chancen, wissenschaftlich zu arbeiten, zu erhalten.“⁴⁶⁶ Letztendlich beruhte die Entscheidung gegen Gumbel darauf – wie Bergsträsser in seinem Bericht formulierte –, „daß er nicht imstande ist, eine Verletzung von

462 Unter dem 22. Juni 1932 hatte der Untersuchungsausschuss beschlossen, „den ordentlichen Professor des Strafrechts, Dr. Gustav Radbruch, zum Beistand des angeschuldeten [sic!] mit allen Rechten und Pflichten eines Offizial-Verteidigers zu ernennen. Herr Prof. Radbruch hat diese Ernennung angenommen.“ (UAH, B-3075/17, Bl. 77).

463 UAH, B-3075/19, Bl. 221.

464 UAH, B-3975/17, Bl. 153.

465 UAH, B-3075/18, Bl. 189.

466 UAH, B-3075/19, Bl. 229 ff.; wiedergegeben findet sich dieses Schlusswort Gumbels auch bei WOLGAST, in: Ulmer (Hrsg.), Gumbel, S. 38 ff.

heilig zu haltenden Empfindungen zu vermeiden“, nicht vereinbar sei seine Kohl-rüben-Äußerung „mit der Achtung, die gewissen, für den Bestand der nationalen Gemeinschaft wesentlichen Empfindungen entgegen gebracht werden muß.“⁴⁶⁷ Auch von Karl Jaspers, der betonte, dass „die Fakultät acht Jahre Geduld gehabt“ habe, erfuhr Gumbel keine Unterstützung mehr.⁴⁶⁸ Anfang August 1932 entzog der badische Kultusminister Eugen Baumgartner auf Antrag der Philosophischen Fakultät dem „Ruhestörer und Friedensbrecher des akademischen Gemeinschaftslebens“ die Lehrbefugnis, die zum Beginn des Wintersemesters wirksam wurde. Auf Eile gedrängt hatte Rektor Andreas in einem Schreiben an Ministerialrat Thoma unter dem 21. Juli mit Hinweis darauf, dass er jetzt noch die Studentenschaft „in der Hand habe, die Erregung steigt aber dauernd, und ich weiß nicht, welche Folgen sich ergeben könnten.“⁴⁶⁹ Ein weiteres Mal wurde in der Begründung des Erlasses die „Form der Äußerung“ Gumbels hervorgehoben, „welche verletzend auf diejenigen wirken muß, die in ihrer Vorstellungs- und Gefühlswelt das Gedenken an den Krieg nicht loslösen können und wollen von dem Gedenken an die heldenhaften Leistungen der deutschen Wehrmacht und an die zahlreichen Kämpfer, die ihre Treue gegenüber dem Vaterland mit dem Tod besiegelt haben. Heldentum und Opfertod im Kriege bilden für das vaterländische Empfinden einen geheiligten Bezirk, dem sich niemand und vor allem nicht derjenige, der an verantwortungsvoller Stelle zur deutschen Jugend spricht, ohne ehrfurchtsvollen Ernst nähern soll.“⁴⁷⁰ Besonderen Wert legte Rektor Willy Andreas auf die Feststellung, dass der Antrag auf Entziehung der Venia „mit der Frage der Lehrfreiheit überhaupt nichts zu tun hat, sondern sich lediglich gegen das würdlose Verhalten eines Mannes richtet, der den Ruf unseres Standes wie der Hochschule immer wieder verantwortungslos gefährdet.“⁴⁷¹ Notiz verdient aber ebenso, dass antisemitische Motive bei der Entscheidung von Fakultät, Engerem Senat und Ministerium nicht nachweisbar sind. Ausschlaggebend für den Entzug der Lehrberechtigung war vielmehr die offene Verletzung des Nationalgefühls – eine „Art säkularisierter Religion“ (*Hagen Schulze*) – als stärkster gemeinsamer Nenner der akademischen Gemeinschaft wie auch die Missachtung der korporativen Solidarität als Professor durch sein „unakademisches Verhalten.“⁴⁷²

467 UAH, B-3075/17a, Bl. 145 ff.

468 Vgl. JANSEN, Der „Fall Gumbel“, S. 71.

469 UAH, B-3075/18, Bl. 203.

470 Ebenda, Bl. 235 ff.

471 Unter dem 27. Juli 1932 (ebenda, Bl. 221).

472 So treffend WOLGAST, in: Ulmer (Hrsg.), Gumbel, S. 45 ff.

Erfolgos – wie nicht anders zu erwarten – verlief der von Gumbel nach seiner Rückkehr aus den USA eingelegte Rekurs.⁴⁷³ Völlig unbeeindruckt blieb das Karlsruher Ministerium von seinen Argumenten, wenn er ausführt: „In einem Lande, das entsprechend dem Kellogg-Pakt den Krieg geächtet hat, besteht für niemanden und gewiß nicht für einen Lehrer, dessen Unterricht nach der Reichsverfassung im Geiste der Völkerversöhnung zu geschehen hat, eine Verpflichtung, dem Krieg anders als mit Grauen gegenüber zu stehen.“⁴⁷⁴ Gleichzeitig war Gumbel sich bewusst, dass Karlsruhe seine Entfernung von der akademischen Bühne als eine „politische Notwendigkeit“ betrachtete, „wohl wenn ich diesen Schritt interpretieren darf, um den Nationalsozialisten weniger Angriffsfläche zu bieten und hierdurch die Republik zu schützen ... Durch meine Entfernung wird die Republik nicht gestützt, wohl aber wird hierdurch die Stellung aller Republikaner an den deutschen Hochschulen gefährdet ... Es handelt sich bei diesem Kampf nicht um Gumbel, sondern um die von den Nationalsozialisten als ‚Gumbels‘ Qualifizierten.“⁴⁷⁵

Und in der Tat: Nach gleichem Muster ging der NSDStB in weniger spektakulären Fällen wie bei den Vorgängen um den Münchner Staatsrechtslehrer Hans Nawiasky oder bei der Kampagne gegen den Theologen Günther Dehn vor: „Man griff sich einen demokratischen oder jüdischen Dozenten heraus ... gegen einen solchen Lehrer ließen sich die Ressentiments der Studentenschaft am leichtesten mobilisieren, zudem konnte man zumindest auf die Nachsicht eines Teils der Lehrerschaft rechnen. Diesen Dozenten beobachtete man eine Zeitlang, bis man eine ‚brauchbare‘ Äußerung gefunden hatte; diese ließ man umgehend entstellt und/oder aus dem Zusammenhang gerissen in der Presse veröffentlichen – schon befand sich die Studentenschaft in ‚berechtigter Empörung‘ ... Und fast immer konnten die Studenten auf die Unterstützung einer breiten nationalen Öffentlichkeit rechnen, die begierig die Vorgänge aufgriff und zu ihren Zwecken ausschaltete.“⁴⁷⁶

Während das Ministerium auf eine Publikation des Erlasses verzichtete, nutzte Gumbel das Forum der „Weltbühne“ zur Veröffentlichung seiner Verteidigungsschriften.⁴⁷⁷ Ein größerer Widerhall, auf den er gehofft hatte, blieb jedoch aus. Im

473 Wiedergegeben bei JANSEN, Der „Fall Gumbel“, S. 76 f. – Von keiner weiteren Bedeutung ist die von dem NSDStB-Angehörigen Doerr behauptete Autorenschaft eines Frankfurter Anwalts (UAH, III 5b, 434 b, S. 322).

474 UAH, B-3075/18, Bl. 253 ff.

475 Veröffentlicht in: Die Weltbühne 28 (1932) Nr. 41 v. 11. Oktober 1932, S. 5; JANSEN, Der „Fall Gumbel“, S. 76 f.

476 FAUST, Der Nationalsozialistische Studentenbund, S. 52 f.; s. ebenso KATER, Studentenschaft, S. 153 ff.

477 Unter dem 11. Oktober 1932 (Gumbel war Mitarbeiter dieser Zeitschrift, vgl. GRIJN SANTEN, Die Weltbühne, S. 158 ff.).

Gegensatz zu der „Protesterklärung republikanischer und sozialistischer Hochschullehrer“ zugunsten Gumbels von 1931 solidarisierten sich nunmehr nur wenige Professoren mit ihm, stellten aber in ihrer bemerkenswerten Eingabe – veröffentlicht unter der bezeichnenden Überschrift „Zur Kulturschande in Heidelberg“⁴⁷⁸ – an das badische Kultusministerium warnend fest, dass es bei den gegen ihren Kollegen gerichteten Aktionen sich letztlich um den „Kampf einer terroristisch gerichteten Machtgruppe“ handle, die beabsichtige, „eine Gesinnungsdiktatur auf den deutschen Hochschulen aufzurichten, welche durch Gewalt und Einschüchterung wirkend das Ende der wissenschaftlichen Freiheit, damit wenigstens für eine Zeitspanne auch das Ende der deutschen Wissenschaftlichkeit bedeuten würde.“⁴⁷⁹ Zu Wort meldete sich ebenso die „Rote Studenten-Gruppe“ an der Universität Königsberg mit einem Schreiben an den Engeren Senat der Ruperto Carola: „Wir wissen, dass dieser Anschlag gegen Professor Gumbel wegen seines offenen Bekenntnisses gegen den imperialistischen Krieg den Interessen jener Minderheit von Rüstungsindustriellen und Militärdespoten aller Nationen entspricht, die aus den schmutzigsten Interessen des Profits heraus einen Krieg gegen die sozialistische Sowjet-Union wünschen.“⁴⁸⁰ Der abschlägige Bescheid auf Gumbels Rekurs datiert vom 27. Februar 1933; die Kosten für die Amtshandlung fielen dem Beschwerdeführer Gumbel zur Last.⁴⁸¹ Die Disziplinarverfahren gegen jene fünf Studenten, die Gumbel denunziert hatten, endeten mit Freisprüchen, Verwarnungen und der Androhung eines Universitätsausschlusses.⁴⁸²

Als „Verbrecher am deutschen Geist“ wurde er gelegentlich der von der NS-Studentenschaft Anfang Mai 1933 inszenierten Bücherverbrennung neben Heinrich Mann, Kurt Tucholsky und Erich Maria Remarque diffamiert.⁴⁸³ Wenige Wochen zuvor hatte der Polizeipräsident in Berlin unter dem 7. März 1933 einen Haftbefehl gegen ihn unterzeichnet: Die Jagd gegen Gumbel trat in ihr letztes

478 In: „Der Funke“ 1 (1932) Nr. 214 v. 11. September 1932 (publiziert bei MAIER-METZ, Pazifismus, S. 95).

479 Weltbühne, Bd. 28, S. 388 ff. – Kein einziger Heidelberger Professor zählte zu den Unterzeichnern der an das Badische Staatsministerium gerichteten Protesterklärung, in der sie die Befürchtung äußerten, „daß die Entfernung Gumbels nur der Anfang einer allgemeinen ‚Säuberung‘ der Hochschulen von allen entschiedenen Republikanern darstellen würde.“ (s. JANSEN, Fall Gumbel, S. 75).

480 UAH, B-3075/18.

481 Ebenda, Bl. 321 ff.

482 UAH, B-8917/1. – Vgl. hierzu den Artikel „Wie lange noch Gumbel? – Disziplinarverfahren gegen Heidelberger Studenten, in: Der Angriff, Berlin, v. 3. August 1932 (veröffentlicht bei PETERS/WECKBECKER, Auf dem Weg zur Macht, Nr. 26, S. 155).

483 Vgl. GIOVANNINI, in: Schoeps/Tress (Hrsg.), Orte der Bücherverbrennungen, S. 477 ff.; HARTH, Die Heidelberger Bücherverbrennung, S. 20 ff.; ZIMMERMANN, in: Leonhard (Hrsg.), Bücherverbrennung, S. 60 f. – Diese Bücherverbrennungen waren der Anstoß zur Gründung einer „Bibliothek der verbrannten Bücher“ in Paris unter Alfred Kantorowicz als Generalsekretär, der auch Gumbel angehörte.

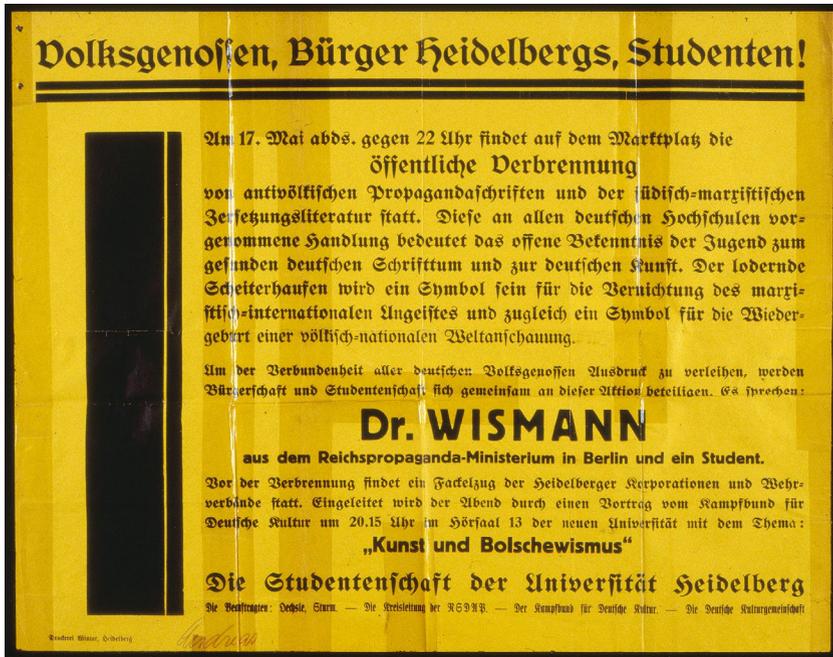


Abb. 22 Aufruf zur Bücherverbrennung
Universitätsarchiv Heidelberg

Stadium, fand sich doch in seiner Person all das verkörpert, was den Nationalsozialisten verachtenswert erschien: Er war Pazifist und Humanist, Linksintellektueller und Freund der Kommunisten, Republikaner und schließlich auch noch jüdischer Herkunft. Man übergab seine Schriften als Produkte „undeutschen Geistes“ dem Scheiterhaufen, aufgerichtet in der Mitte des Universitätsplatzes.⁴⁸⁴ Triumphierend konnte Gustav Adolf Scheel, damals Führer der Heidelberger Studentenschaft, verkünden: „Die deutschgesinnte Heidelberger Studentenschaft hat nach jahrelangem Kampf einen großen Erfolg errungen. Gumbel wurde die *venia legendi* entzogen. Er ist nicht mehr Professor der ältesten reichsdeutschen Universität. Keine deutsche Hochschule wird je bereit sein, ihn wieder aufzunehmen. Er ist mit Recht vor aller Öffentlichkeit geächtet. Gumbel hat wahrlich lange genug als Dozent einer deutschen Universität alles Deutsche in den Schmutz ziehen dürfen.“⁴⁸⁵ Das vom NSDStB organisierte Kesseltreiben gegen einen der meistgehassten Dozenten, der für die Studentenschaft nichts weniger als den Prototyp des „jüdischen Bolschewismus“ und „Internationalismus“ verkörperte, war höchst

484 Vgl. HOFFMANN, Gleichschritt, S. 159; BENZ, in: Walberer (Hrsg.), 10. Mai 1933, S. 186.

485 Zit. nach BENZ, in Walberer (Hrsg.), 10. Mai 1933, S. 185 f.

erfolgreich verlaufen. Studenten und Professoren hatten Gumbel, unterstützt von einer Kampagne der Rechtspresse, nach vielen Semestern nun endgültig „zur Strecke“ gebracht. Gescheitert war der „strikt rationalistische Moralist“ aber ebenso an der eigenen „Unfähigkeit zu taktischem Verhalten“ wie auch an seiner, selbst ihm nahe stehende Personen abstoßenden „Überheblichkeit und Selbstgefälligkeit.“⁴⁸⁶

Knapp zwei Monate später erreichte den Engeren Senat der Universität Heidelberg eine Anweisung des Staatskommissars Robert Wagner, sämtliche Hochschullehrer jüdischer Rasse „mit sofortiger Wirkung“ zu beurlauben.⁴⁸⁷ Für Gumbel war es zu diesem Zeitpunkt schon unerheblich, ob der Erlass sich ebenso auf Privatdozenten und außerordentliche Professoren – wie von dem zum badischen Hochschulreferenten ernannten Volkskundler Eugen Fehrle ausdrücklich angeordnet – erstreckte.⁴⁸⁸ Denn Gumbel hielt sich zwischenzeitlich in Frankreich auf, wo er am Institut Henri Poincaré der Pariser Sorbonne schon vor seinem „Rauswurf“ einen Lehrauftrag erhalten hatte.⁴⁸⁹ Sein Privatdozentenstipendium war vom badischen Kultusministerium nicht verlängert worden, so dass er – kümmerlich genug – sich mit Lehraufträgen an verschiedenen französischen Hochschulen und mit Honoraren für seine wissenschaftliche Schriftstellerei begnügen musste. Eine befristete Gastprofessur in Lyon am neu gegründeten Institut de Science Financière et d'Assurances, welche er 1934 durch Vermittlung seines Kollegen Maurice Fréchet erhielt, verbesserte nur unerheblich seine angespannte finanzielle Situation. Wissenschaftlich war er, wie die Vielzahl von Publikationen während jener Jahre beweist, hoch produktiv. Aber eine Rückkehr nach Deutschland war für ihn unmöglich geworden.⁴⁹⁰ Unterstützung fand er bei seiner Frau, welche in einem Brief an den mit ihnen befreundeten Albrecht Götze, 1933 entlassener Professor für semitische Sprachen an der Philipps-Universität Marburg, emotionslos bemerkte: „Schlimmer, als seine Kinder als Nazis heranwachsen zu sehen, ist die Emigration weiss Gott nicht!“⁴⁹¹

486 JANSEN, Gumbel, S. 74.

487 Unter dem 6. April 1933; vgl. WECKBECKER, in: K. Buselmeier/Harth/Jansen (Hrsg.), *Auch eine Geschichte*, S. 273-292; WOLGAST, *Universität*, S. 143.

488 Rektor Willy Andreas, Anhänger der DDP, widersetzte sich dieser Anweisung mit der Begründung, dass diejenigen, die in keinem Dienstverhältnis zu dem Staat stehen, auch nicht beurlaubt werden können; vgl. WECKBECKER, in: K. Buselmeier/Harth/Jansen (Hrsg.), *Auch eine Geschichte*, S. 275.

489 Mit Unterstützung Albert Einsteins (Nachweise bei BRENNER, Gumbel, S. 143).

490 Bereits unter dem 7. März 1933 war gegen ihn ein Haftbefehl des Polizeipräsidiums Berlin erlassen worden (GLA Karlsruhe, 480/89952, Bl. 211).

491 Unter dem 13. Dezember 1933 (zit. nach MAIER-METZ, *Pazifismus*, S. 8).

An prominenter Stelle stand Emil J. Gumbel auf der ersten Liste von 34 Deutschen, die am 23. August 1933 „ausgebürgert“ wurden.⁴⁹² Bezeichnenderweise erfolgte die Bekanntmachung der Liste unter der Überschrift „Volksverräter ausgestoßen aus der deutschen Volksgemeinschaft“. Wirksam wurde die Aberkennung der Staatsangehörigkeit mit der Verkündung im „Deutschen Reichsanzeiger“: „Ich war nicht überrascht, dass sie mir alle Rechte nahmen, als sie an die Macht kamen.“⁴⁹³ Verwüstet hatten Anhänger des NSDStB schon im März sein Haus, die Bäume des „Verräters“ im Garten gefällt, sein Vermögen beschlagnahmt und Gumbels umfangreiche Bibliothek teils verbrannt, teils gestohlen.⁴⁹⁴ Auch nach 1933 blieb er als Pazifist und Sozialist jüdischer Herkunft, welcher noch im Exil für Carl von Ossietzky eintrat, ein bevorzugtes Opfer der NS-Propaganda, die ihn in „Die Juden in Deutschland“ und „Juden sehen Dich an“ auf übelste Weise diffamierte.⁴⁹⁵ Vergeblich verliefen aber seine Versuche, eine „Deutsche Volksfront“ der Emigranten in Frankreich aufzubauen,⁴⁹⁶ bevor er nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht noch während der letzten Wochen des Jahres 1940 über Lissabon auf abenteuerlichem Weg in die USA entkommen konnte.⁴⁹⁷

492 Unter diesen wird in acht Fällen explizit auf die „Beteiligung in der Angelegenheit Gumbel“ bzw. „Eintreten für Prof. Gumbel“ Bezug genommen. Vgl. ebenso die Protestnote Walther Schückings an das Auswärtige Amt gelegentlich der Intervention zu Gunsten seines Bruders Levin Ludwig Schücking vom 4. September 1933: „Insgesamt sollen in Deutschland 80 Universitätslehrer abgesetzt werden, allein wegen einstiger Unterschrift in Sachen Gumbel“ (vgl. zur systematischen, reichsweiten Verfolgung der „Gumbels“ MAIER-METZ, Pazifismus, S. 136 ff.)

493 Zit. nach JANSEN, Gumbel, S. 90; vgl. ebenso Gumbel, in: Vogt (Hrsg.), Gumbel, S. 232: „Ich empfinde es als grosse Ehre, dass ich wegen meiner Veröffentlichungen über die Schwarze Reichswehr und die politischen Morde bereits auf die erste Ausbürgerungsliste kam.“ Gumbels in Deutschland verbliebenes Vermögen wurde im Februar 1934 als dem Reich verfallen erklärt. – Seiner Frau Marie Louise Gumbel, Tochter eines preußischen Generals, mit der er seit 1930 verheiratet war, wurde 1937 gleichfalls die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt.

494 Resümierend notiert Golo Mann: Für Gumbel bedeutete die Ausbürgerung nichts weniger als „das Glück seines Lebens“, denn hätte er sich zur Zeit der Machtergreifung nicht in Paris aufgehalten, „so wäre ihm, einem der Allerverhaßtesten, ein früher Märtyrertod sicher gewesen, derart wie ihn sein Gesinnungsgenosse Erich Mühsam erlitt.“ (Erinnerungen, S. 404).

495 Vgl. JANSEN, in: Harth/Schubert/Schmidt (Hrsg.), Pazifismus, S. 35. – Gelegentlich der Stiftungsfeier der Ruperto Carola von 1933 wurde im Rahmen eines kabarettistischen Programms die „Geschichte Gumbel im saftigen Moritatenstil“ auf der Bühne präsentiert.

496 So hatte Gumbel ein „Minimalprogramm der deutschen Volksfront“ entworfen, das im wesentlichen die Wiederherstellung des Zustandes vor 1933 verlangte.

497 Mit Unterstützung Robert Kempners und Albrecht Götzes (vgl. MAIER-METZ, Pazifismus, S. 193 f.) – Gumbel blieb im Visier der Nationalsozialisten: Beobachtet wurden seine Aktivitäten in Frankreich von der Gestapo, welche in einem geheimen Zirkular Heydrich vom 15. Mai 1939 darüber informierte, dass „Emil J. Gumbel, Professor, kommunistischer Pazifist, führendes Mitglied des ‚Bundes Freiheitlicher Sozialisten‘, Verfasser und Mitunterzeichner zahlreicher deutschfeindlicher Artikel und Aufrufe zu den führenden Mitgliedern einer Nachfolgeorganisation der ‚Liga für Menschenrechte‘ gehöre“, zit. nach BENZ, in: Walberer (Hrsg.), 10. Mai 1933, S. 191. Innerhalb einer speziellen Kartei der Gestapo, „Deutsche Emigranten in Frankreich, die in das Fahndungsbuch aufzunehmen sind vom 30. 5. 1940“, erschienen Gumbels Name wie auch seine Adresse.

In New York erhielt Gumbel ein Stipendium der Rockefeller-Foundation und lehrte als Visiting Professor für einige Jahre zunächst an der New School for Social Research, bis er 1952 an der Columbia University eine dauerhafte Professur erhielt.⁴⁹⁸ Gescheitert waren die Bemühungen befreundeter Persönlichkeiten, ihn an das renommierte Institute for Advanced Studies in Princeton zu berufen.

Bitter enttäuscht zeigte sich Gumbel von der Haltung deutscher Universitäten in der Nachkriegszeit, von denen er zuversichtlich erwartet hatte, dass sie „von sich aus sämtliche Entlassungen, die unter Nazidruck erfolgten, revozieren würden.“ Zurück in seine alte Heimat wollte er nicht mehr, war aber vorbehaltlos bereit, „Gastvorlesungen zu halten, wenn mich eine Universität auffordern würde.“⁴⁹⁹

An der Ruperto Carola sah man dafür keinen Anlass, ohnehin war er nach dem Tode Gustav Radbruchs nahezu gänzlich in Vergessenheit geraten. Einzig als innerhalb der Philosophischen Fakultät im Verlauf des Jahres 1950 über eine Rückkehr Arnold Bergsträssers an die Universität diskutiert wurde, befürchtete man „die Gefahr eines Wiederauflebens des Falles Gumbel“, nachdem man bereits 1945 beschlossen hatte, „sich einem Wiederauftreten Gumbels, das man befürchtete, widersetzen zu wollen.“⁵⁰⁰ An den Statistiker des rechten Terrors wollte man sich nur ungern erinnern. Etwas gelassener urteilte wenige Jahre später die Philosophische Fakultät in ihrer Sitzung vom 11. Februar 1953, als sie beschloss, Bergsträsser „wie früher“ als nichtbeamteten außerordentlichen Professor in das Vorlesungsverzeichnis aufzunehmen. Ausführlich diskutiert wurde bei dieser Gelegenheit ein weiteres Mal das Verfahren, welches zum Entzug der *venia Gumbels* 1932 geführt hatte. Aber mit der nahezu zeitgleichen Berufung Bergsträssers auf den neu eingerichteten Lehrstuhl für Wissenschaft der Politik und Soziologie an der Freiburger Universität hatte die gesamte Angelegenheit ohnehin ihre Brisanz verloren. Unbeschwert von weiteren Querelen um die unliebsame „Causa Gumbel“ konnte man wieder zur Tagesordnung übergehen. Suspekt blieb er weiterhin für viele seiner Zeitgenossen als Vaterlandsverräter, als Jude und Kommunist.⁵⁰¹

Deutschland besuchte Gumbel erst wieder Mitte der fünfziger Jahre, um Gastprofessuren an der Freien Universität Berlin zu übernehmen; auch an der Hamburger Universität lehrte er im Wintersemester 1964/65 gleichfalls im Rahmen

498 1946 erhielt er die US-amerikanische Staatsbürgerschaft.

499 So in einem Schreiben an Gustav Radbruch unter dem 14. März 1947 (UBH, Heid. Hs. 3716 III F); WOLGAST, in: Ulmer (Hrsg.), Gumbel, S. 51, Anm. 101.

500 Vgl. JANSEN, Gumbel, S. 48; MUSSGNUG, Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, S. 234 f.

501 So erinnert Hellpach daran, dass der „Fall Gumbel“ seinen Namensträger „zu einer unverdienten europäischen Berühmtheit verholfen hat“ (Wirken in Wirren, S. 171).

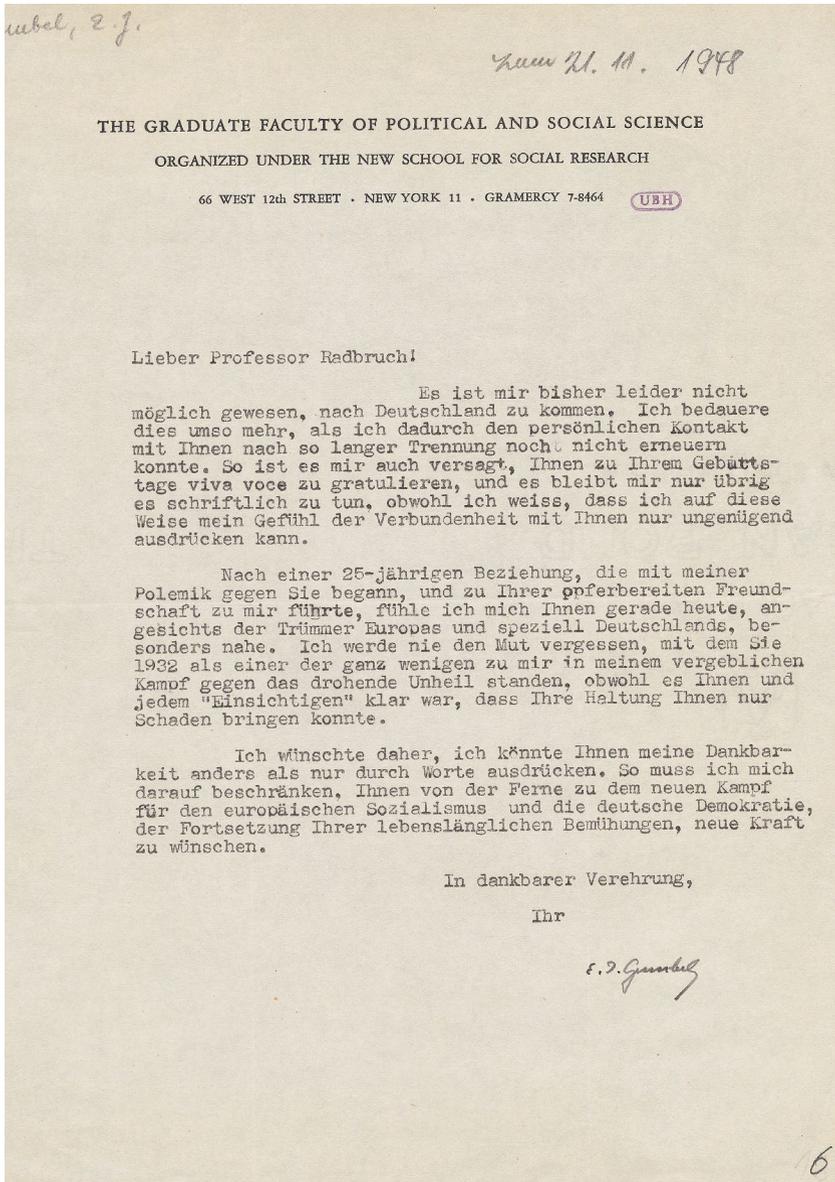


Abb. 23 Brief von Gumbel an Radbruch vom 21.11.1948
Universitätsbibliothek Heidelberg

einer Gastprofessur.⁵⁰² An Vorträgen zu politischen Themen bestand jedoch kein Interesse mehr. Nicht verstehen konnte Gumbel, dass er einzig als Statistikexperte in seiner alten Heimat gefragt war, nicht aber sein kämpferisches Eintreten für die erste deutsche Demokratie: „Alles, was ich gegen die Nazis geschrieben habe, halte ich noch heute für richtig, und wenn ich einen Grund habe, stolz zu sein, so ist es der, daß ich früher als andere die Gefahren, die Deutschland, Europa und der Welt drohten, erkannt habe.“⁵⁰³ Und in der Tat: Erstaunlich ist, wie frühzeitig und hellichtig er versuchte, auf die soziale Deklassierung der Mittelklasse als reale Gefahr für die Weimarer Republik in einem 1923 publizierten Artikel „Das Elend der Geistesarbeiter“ hinzuweisen: „Die heutigen Zustände bewirken, daß die Geistesarbeiter, welche die besten Stützen unseres republikanischen Staates sein sollten, zu dessen Feinden werden. Sie sind für die Monarchie, das heißt für die Goldmark, und hassen die Republik, das heißt die Papiermark. Der Tod der Mittelklasse als Folge der Geldentwertung ist die größte Gefahr für das heutige Deutschland.“⁵⁰⁴ Beschwörend und nahezu visionär rief er den „wenigen Republikanern, die noch an der Macht sind“, zu: „Bewahrt die Macht, denn Ihr habt Pflichten, füllt das leere Schema der Republik mit sozialem Inhalt aus, werdet hart gegen Eure Feinde! Wenn nicht, so werden sie bald hart gegen Euch sein!“⁵⁰⁵ Verschlussen blieb ihm, dessen Wissenschaft die Statistik war, aber die Einsicht, dass Gesellschaften, in denen Milieus, Gefühlswelten wie das nationale Ehrkollektiv, Ideologien und Interessen eine gewichtige Rolle spielen, mit rationalen Argumenten nur schwer erreichbar sind.⁵⁰⁶

Am 10. September 1966 verstarb Emil Julius Gumbel in New York an einem Krebsleiden, ohne Heidelberg je wiedergesehen zu haben. Seinen politischen Überzeugungen, die ihn Amt und Würde in Deutschland gekostet hatten, blieb er bis zu seinem Lebensende treu. Nur wenige Wochen vor seinem Tode hatte er noch als radikaler Pazifist gegen den Vietnam-Krieg lautstark protestiert.

Außerhalb mathematischer Fachkreise erinnerte sich in Deutschland niemand mehr an den radikal-demokratischen politischen Publizisten und Friedenskämpfer, der als „Bauernopfer“ 1932 von seinen Kollegen fallen gelassen worden war; er schien aus dem akademischen Gedächtnis gelöscht zu sein.⁵⁰⁷ Selbst im

502 Vgl. BENZ, in: Walberer (Hrsg.), 10. Mai 1933, S. 161.

503 Zit. nach JANSEN, *Leben und Maximen*, S. 224; s. ebenso Vogt (Hrsg.), Gumbel, S. 9 f.

504 Der Beitrag ist leicht zugänglich bei JANSEN, Gumbel, S. 114-118, hier: S. 117.

505 Zit. nach dem 1924 erschienen Artikel „Die Republik und Ihre Feinde“ (veröffentlicht bei JANSEN, Gumbel, S. 220-221).

506 So treffend BLOMERT, *Intellektuelle im Aufbruch*, S. 284.

507 Vgl. GRIJN SANTEN, *Die Weltbühne*, S. 158: „Nach dem Zweiten Weltkrieg ist er nicht mehr in das Bewußtsein der Öffentlichkeit eingedrungen.“

„Vorwärts“, der Parteizeitung der SPD, verweigerte man die Publikation eines Nachrufs aus der Feder des Ossietzky-Biographen Kurt Richard Grossmann.⁵⁰⁸ So verwundert es nicht, dass eine offizielle Rehabilitation der Heidelberger Universität lange auf sich warten ließ, lediglich das baden-württembergische Kultusministerium setzte ihn nach mancherlei Querelen in die Rechte eines Ordinarius ein: „In meiner Wiedergutmachungssache gegen das Land behauptet die Gegenseite, dass mich eine Mitschuld treffe. Ich bestreite dies auf das Entschiedenste und behaupte heute wie damals, dass sich der Kampf gegen mich nicht um meine angeblichen oder wirklichen Aeusserungen drehte. Die wirkliche Ursache war mein Kampf gegen die Nazis, die Aufdeckung ihrer Morde und geheimen Rüstungen. Nach dem jetzigen deutschen Verfahren brauche ich Persilscheine, um zu beweisen, dass der Kampf gegen mich nur der Beginn des ganzen nationalsozialistischen Kesseltreibens war.“⁵⁰⁹

Ein Anspruch auf Wiedergutmachung hätte nur dann bestanden, wenn Gumbel verbeamtet und nach 1933 entlassen worden wäre: „Der Antragsteller hat keinen Wiedergutmachungsanspruch auf Grund des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für die im Ausland lebenden Angehörigen des öffentlichen Dienstes ... Dem Antrag kann nicht entsprochen werden, da der Antragsteller nicht zu dem Personenkreis gehört, der nach den §§ 1 und 2 BWGöD vom 11. 5. 1951 Wiedergutmachung erhält. Der Antragsteller war Privatdozent und damit freier wissenschaftlicher Lehrer, der weder in einem Beamten- noch in einem Angestelltenverhältnis zu dem Land Baden stand. Ein weiteres Eingehen auf den Tatbestand erübrigt sich daher.“⁵¹⁰ Letztlich hatte Gumbel jedoch Erfolg, als 1955 die Privatdozenten an wissenschaftlichen Hochschulen den Angehörigen des öffentlichen Dienstes gleichgestellt wurden.⁵¹¹ Zugespochen wurde ihm als materielle „Wiedergutmachung“ die auskömmliche Pension eines emeritierten Ordinarius: „Das Kultusministerium ist überzeugt, daß der damalige Untersuchungsausschuß zu einer anderen Würdigung des Antragstellers gekommen wäre, wenn er den nötigen Abstand zu diesen Ereignissen gehabt hätte und es ihm möglich gewesen wäre, die Entwicklung des politischen Kampfes gegen Dr. Gumbel seit den zwanziger Jahren unter rein sachlichen Gesichtspunkten zu würdigen. Es hätte das Verhalten des leidenschaftlichen

508 S. K. BUSELMEIER, in: Vorwort, S. VI.

509 Brief Gumbels vom 14. Oktober 1952 an Albrecht Götze (hier zit. nach MAIER-METZ, Pazifismus, S. 218).

510 Unter dem 4. Februar 1953 Dr. Küster als Leiter der Wiedergutmachungsabteilung in Stuttgart (GLA Karlsruhe 480/8995-1, Bl. 102).

511 Vgl. 3. Änderungsgesetz zum BWGöD v. 23. Dezember 1955.

Gegners des Nationalsozialismus, das die Geschichte gerechtfertigt hat, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit anders beurteilt.“⁵¹² Anwalt Gumbels in dem Wiedergutmachungsverfahren war Robert Kempner, sein Freund aus längst vergangenen, turbulenten Jahren in der Republik ohne Republikaner.⁵¹³ Emphatisch führte er in dem Kampf um eine finanzielle Entschädigung für seinen Mandanten aus: „Gumbel ist für Hunderte ehemalige deutsche Akademiker, die jetzt im Ausland leben, ein Symbol. Mit ihm fing es an, als die Nazistudenten in Heidelberg anfangs der dreissiger Jahre randalierten. Er musste flüchten. Wurde auf Liste 1 von Hitler ausgebürgert.“⁵¹⁴

Verwehrt blieb Gumbel, der sich als Fachmann für Statistik einen exzellenten Ruf erworben hatte, jedoch die Wiedereinstellung an der Ruperto Carola.⁵¹⁵ Alfred Weber, wohl noch immer persönlich tief verletzt und Unfrieden innerhalb der akademischen Körperschaft fürchtend, reagierte mit unerbittlicher Schärfe gegen jeglichen Versuch einer Rehabilitation seines früheren Schülers Gumbel:

„Aus Amerika, wohin er etwa 1933 gegangen war, hat er sich seit 1945 noch ein paar Mal brieflich an mich gewendet, ob ich nicht seine Rehabilitierung betreiben wolle. Im Bewußtsein der Gefahr, die das erneute Auftreten dieses rücksichtslosen, undisziplinierten Mannes in Heidelberg für die Universität bedeuten mußte, habe ich mehrmals ihm in dem Sinne geantwortet, ein Statistiker sei in Heidelberg nicht zusätzlich nötig. Wiedergutmachungsansprüche habe er meiner Ansicht nach nicht, da er nur eine *Venia legendi* besessen habe und keine Aussicht hatte, für irgendeine Berufung in Deutschland, die ihm entgangen sein könnte ... seine von der Wiedergutmachungsbehörde kreierte Stellung als *Ordinarius* [sc. beruht] auf einer *reinen Fiktion*. Keine Universität hat ihn für eine solche Stelle vorgeschlagen, und keine auch im heutigen Deutschland würde ihn berufen. Es ist mir unbekannt, wie er, der sich als Kommunistenfreund gerierte,

512 Unter dem 3. Mai 1956 (GLA Karlsruhe, 480/8995-2, Bl. 211); JANSEN, Gumbel, S. 53.

513 Vgl. zur Wiedergutmachung Gumbels den Bericht Kempners (in: GRIJN SANTEN, *Die Weltbühne*, S. 160 f.): „Die Verwaltungsbeamten sind da nicht unwillig. Wenn ich hingehe und sage: ‚Das kann ich niemandem in den USA sagen, daß Sie den Gumbel nicht wiedergutmachen wollen. Ich laß mich nicht Ihretwegen von den Freunden backpfeifen‘, dann sagen die Leute schließlich: ‚Also Herr Kempner, ausnahmsweise.“

514 Unter dem 25. Juni 1952 an Rechtsanwalt Dr. Küster als Leiter der Stuttgarter Wiedergutmachungsbehörde: „Bis heute hat er noch keinen Pfennig Entschädigung oder Pension aus seiner akademischen Tätigkeit erhalten. Der formelle Grund ist wohl der, dass er keine Beamtenstelle hatte, sondern nur einen Lehrauftrag.“ (GLA Karlsruhe, 480/8995-1, Bl. 10).

515 Maßgeblich beteiligt war er an der Begründung der Extremwertstatistik, über die er sein bahnbrechendes Standardwerk „*Statistics of Extremes*“ verfasste, das 1958 in den USA erschien und in das Japanische wie auch Russische übersetzt wurde. Benannt ist nach ihm die sogenannte Gumbel-Verteilung. – Zu dem wissenschaftlichen Werk Gumbels vgl. KOGELSCHATZ, in: Ulmer (Hrsg.), Gumbel, S. 53-59.

solange er in Deutschland war, drüben existiert hat. Aber es ist sonnenklar, daß er in Deutschland nicht eine Stellung beanspruchen darf, die er hier *nie* erlangt hätte.“⁵¹⁶

Auch der deutsch-amerikanische Politikwissenschaftler Carl Joachim Friedrich, welcher seit 1956 an der Ruperto Carola lehrte, erklärte die Entziehung der *Venia legendi* als ein „im demokratischen Rechtsstaat ordnungsgemäß durchgeführtes Verfahren“ und bezeichnete Gumbel als einen „extremistischen Linksradikalen.“⁵¹⁷

Im Rahmen eines akademischen Festaktes anlässlich des 100. Geburtstages von Emil Gumbel würdigte ihn, den noch bis weit in die fünfziger Jahre hinein unbeliebten *Paria*, die Universität Heidelberg. In klaren Worten hielt Eike Wolgast in seiner Ansprache fest: „Die Universität handelte falsch und beging Unrecht, als sie Gumbel ausschloß.“⁵¹⁸ Gleichfalls in Frankreich erinnerte man sich anlässlich seines 125. Geburtstages an jenen bemerkenswerten deutschen Gelehrten, der für wenige Jahre Zuflucht im Nachbarland gefunden hatte. In einer gemeinsamen Konferenz der Universität Lyon 1 und der Columbia University New York wurde am 28. Juni 2016 zu Ehren Emil Gumbels ein Hörsaal zu „Amphi Gumbel“ umbenannt. Eine späte Renaissance erlebten seine Schriften zum Ausklang des 20. Jahrhunderts, ergänzt um einzelne biographische Studien. In dem noch immer lesenswerten, von ihm herausgegebenen Band „Freie Wissenschaft – Ein Sammelbuch aus der Deutschen Emigration“, der 1938 in Straßburg verlegt wurde, notierte Gumbel im Abstand nur weniger Jahre seit der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten mit der ihm eigenen Nüchternheit: „Durch ihren Widerstand gegen die Republik haben die Professoren das Dritte Reich selbst mit schaffen helfen. Sie ernten heute, was sie einst gesät.“⁵¹⁹ Mit genauen statistischen Zahlen belegte er am Beispiel der Heidelberger Universität den Vorgang der „Selbstgleichschaltung“, Inhalt und Wirkung der Nürnberger Gesetze wie auch des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.

516 Brief an Hans Georg Gadamer, Dekan der Philosophischen Fakultät, vom 26. Juni 1956 (NL Alfred Weber HD); hier zit. nach BLOMERT, *Intellektuelle*, S. 445, Anm. 33. – Unerklärlich bleibt, dass Gumbel in der hysterischen Atmosphäre der Verdächtigungen und Gerüchte wie auch Verfolgungen von Kommunisten während der McCarthy-Ära unbehelligt blieb.

517 KROHN, in: *Exilforschung* 4 (1986), S. 266.

518 Gumbel, S. 43.

519 AaO., S. 11 (zu diesem Buch vgl. MAIER-METZ, *Pazifismus*, S. 187 f.).